

Forschungsschwerpunkt  
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa  
an der Universität Mannheim

*Irina Bugrova*

## **Politische Kultur in Belarus**

Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Groß-  
fürstentum Litauen zum Lukaschenko-Regime

Oktober 1998

Untersuchungen des FKKS 18/1998



Die »Untersuchungen des FKKS«  
werden herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt  
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa  
an der Universität Mannheim.

ISSN 0947-1359

*Online-Ausgabe*

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen  
in Osteuropa (FKKS)  
Universität Mannheim  
Seminargebäude A 5

<http://www.uni-mannheim.de/fkks>

D-68131 Mannheim  
Tel.: 0621/181-2088  
Fax: 0621/181-2087  
e-mail: [LSJahn@rumms.uni-mannheim.de](mailto:LSJahn@rumms.uni-mannheim.de)

## **Inhalt**

<b>Vorwort</b>	<b>1</b>
<b>Kurzfassung</b>	<b>2</b>
<b>1 Zur Problemstellung</b>	<b>4</b>
<b>2 Methodische Grundlagen</b>	<b>5</b>
<b>3 Historische Retrospektive der politischen Organisation in den belarussischen Gebieten</b>	<b>6</b>
3.1 Traditionen und Ansehen der Staatlichkeit	<b>6</b>
3.2 Die Organisation der politischen Macht	<b>8</b>
<b>4 Die Mentalität der Belarussen: konstitutive Momente eines kulturellen Codes</b>	<b>11</b>
4.1 Geographische und geopolitische Faktoren	<b>11</b>
4.2 Ethnokonfessionelle und kulturelle Faktoren	<b>13</b>
4.2.1 Die Etablierung der wichtigsten Konfessionen und die anschließende kulturelle Dominanz des Katholizismus	<b>14</b>
4.2.2 Die regionale Variante der ostslavischen Mentalität	<b>16</b>
4.2.3 Die Dominanz der imperial-orthodoxen Kultur	<b>18</b>
4.2.4 Die Dominanz der sowjetisch-atheistischen Kultur	<b>21</b>
<b>5 Besonderheiten der politischen Kultur in der Belarussischen SSR</b>	<b>21</b>
<b>6 Die postsowjetische Transformation und die soziokulturelle Landschaft</b>	<b>25</b>
6.1 Das erste kulturelle Projekt für Belarus: Die nationaldemokratische Variante	<b>25</b>
6.2 Das zweite kulturelle Projekt für Belarus: Die parlamentarische Demokratie	<b>27</b>
6.3 Das dritte kulturelle Projekt: "Der Präsident als Imperator"	<b>30</b>
<b>7 Das Wahlverhalten und die Wahlen im Kontext des dritten kulturellen Projekt</b>	<b>33</b>
7.1 Die Wahlen der Jahre 1994-1996	<b>34</b>
7.2 Die Mechanismen der Wahl und der sozialpolitischen Identifikation	<b>35</b>
<b>8 Besonderheiten des kommunikativen und symbolischen Kulturraumes</b>	<b>39</b>
<b>9 Das Phänomen der Führerschaft in der politischen Kultur von Belarus</b>	<b>41</b>
<b>Chronologie</b>	<b>43</b>

Oktober 1998

Die Autorin ist Dozentin an der Fakultät für Politologie und Soziologie des Instituts für höhere Schule und humanistische Bildung in Minsk.

Übersetzung und Layout: Volker Weichsel

Redaktion: Astrid Sahn

## Vorwort

Die Republik Belarus gehört zu den postkommunistischen Staaten, denen in der westlichen Wissenschaftslandschaft bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.<sup>1</sup> Von der Transformationsforschung wurde das Land praktisch erst registriert, als unter dem 1994 gewählten Präsidenten Aleksandr Lukašenko eine zunehmend autoritäre und restaurative Entwicklung einsetzte. Der belarussische „Sonderweg“ wurde damit als ein Beispiel für das Scheitern von Transformation im postkommunistischen Osteuropa interessant. Gleichwohl verharren die bisherigen Untersuchungen meist bei der Beschreibung der politischen Makroebene.<sup>2</sup> Eine eingehende Analyse der politischen Kultur, die bekanntlich für das Gelingen oder Scheitern der Konsolidierung von Demokratie zentrale Bedeutung hat, liegt für Belarus bisher nicht vor.

In Belarus gibt es heute eine recht beträchtliche Anzahl von Sozialwissenschaftlern, die in den vergangenen zehn Jahren unter z.T. schwierigen Rahmenbedingungen die politische, soziale und wirtschaftliche Situation ihres Landes erforscht und sich dafür auch die entsprechende westliche wissenschaftliche Literatur angeeignet haben. Die Autorin dieser Studie, Dr. Irina Bugrova, gehört zu denjenigen, die während der Perestrojka das Fach Politologie in Belarus aufgebaut haben. Gegenwärtig ist sie Dozentin an der Fakultät für Politologie und Soziologie des Instituts für höhere Schule und humanistische Bildung in Minsk. Außerdem lehrt sie an der französischen Fakultät der Europäischen Humanistischen Universität. Schließlich ist sie Projektleiterin am Internationalen Institut für Politische Studien, einem der wenigen unabhängigen Forschungsinstitute in Belarus. Das Institut gibt seit 1996 die Zeitschrift für internationale Politik „Vector“ heraus, von der jährlich drei Ausgaben in englischer und russischer Sprache erscheinen.

Mit der vorliegenden Untersuchung leistet die Autorin einen wichtigen Beitrag für das Verständnis der heutigen Ereignisse in Belarus, indem sie die einzelnen historischen Schichten herausarbeitet, durch deren Überlagerung sich die gegenwärtige belarussische politische Kultur geformt hat. Als theoretisches Instrumentarium verwendet sie dabei insbesondere die Ansätze der amerikanischen politischen Kulturforschung von Gabriel Almond und Sidney Verba, des französischen Konstruktivismus sowie der Weberschen Herrschafts- und Religionssoziologie, aber auch der neueren russischen Sozialforschung. Die Studie stellt insofern auch ein Beispiel für einen wissenschaftlichen Diskurs dar, der die Trennung in östliche und westliche Forschung überwunden hat.

Da die vorliegende Studie aus dem Russischen übersetzt wurde, sind sämtliche Namen für die deutsche Fassung in ihrer russischen Variante transliteriert worden. Dabei wird aus Gründen der Genauigkeit die wissenschaftliche Umschrift verwendet. Ein è entspricht dabei einem tsch, ein š ist als stimmloses, ein ž als stimmhaftes sch zu lesen, ein z schließlich als stimmhaftes s.

Astrid Sahn

---

<sup>1</sup> Vgl. als Einführung und Überblick in deutscher Sprache: Holtbrügge, Dirk, Weißbrüßland, München 1996.

<sup>2</sup> Vgl. Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hg.), Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova, Cambridge 1997.

## Kurzfassung

Institutionelle Traditionen sowie über Generationen weitergetragene Werte und Verhaltenskodexe sind häufig von zentraler Bedeutung für den Verlauf von Transformationsprozessen. Ausgehend von dieser These untersucht die vorliegende Studie, welche Formen von Staatlichkeit auf belarussischem Territorium seit dem Großfürstentum Litauen existiert haben. Gleichzeitig versucht sie insbesondere durch die Analyse von Siedlungsstruktur und Konfessionsgeschichte zu bestimmen, wie sich die wichtigsten Momente der belarussischen Mentalität im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben und welchem Wandel sie dabei unterworfen waren.

Aus Sicht der Autorin ist die belarussische Entwicklung vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Identifikation vorrangig auf lokaler Ebene, bedingt durch die vorherrschende abgeschiedene Lebensweise in Dorfverbänden und die unzureichenden staatlichen Sicherheitsgarantien;
- Konfliktvermeidung als ein dominanter Wert infolge der während zahlreicher Kriege und Repressionen verinnerlichten Vernichtungserfahrungen;
- Favorisierung unionistischer bzw. föderativer Staatsformen aufgrund der häufig wechselnden staatlichen Zugehörigkeit;
- Überschneidung und Konkurrenz west- und osteuropäischer Einflüsse, die durch die jeweilige Vorherrschaft Polens oder Rußlands symbolisiert werden und sich besonders deutlich in dem Verhältnis von katholischer und orthodoxer Kirche sowie der Bildung der unierten Kirche zeigen.

Obwohl sich in dieser Konkurrenz letztlich die russisch-orthodoxe Variante einer patriarchalischen Untertanenkultur durchsetzte, blieb die westlich-katholische bzw. unierte Variante einer aktivistischen Bürgerkultur in latenter Form stets präsent. Die belarussische politische Kultur zeichnet sich daher durch Ambivalenz aus: Für sie ist der Dualismus gegensätzlicher kultureller Projekte ebenso charakteristisch wie ein ausgeprägtes Harmoniestreben. Die politisch-kulturellen Konflikte wurden dabei stets von den Eliten ausgetragen, während die Bauernschaft sich passiv verhielt.

Der für Belarus typische Dualismus zeigt sich auch in den beiden Modellen belarussischer Staatlichkeit, die bis heute den politischen Akteuren als Projektionsfolien für ihre Programme dienen. So sehen die nationaldemokratischen Kräfte ihr Vorbild im Großfürstentum Litauen, das sie als den Vorläufer des modernen Rechtsstaates betrachten. Kommunisten und andere Kräfte, für die die soziale Versorgungsfunktion des Staates im Vordergrund steht, orientieren sich hingegen an der BSSR.

In der unabhängigen Republik Belarus konnten sich nach 1991 weder nationaldemokratische Ansätze, wie sie die Belarussische Volksfront von Zenon Poznjak propagierte, noch das gemäßigte Projekt einer parlamentarischen Demokratie des damaligen Parlamentsvorsitzenden Šuškevič durchsetzen. Stattdessen siegte mit der 1994 erfolgten Wahl von Lukašenko zum ersten belarussischen Präsidenten ein Anhänger der Politik der starken Hand. Damit knüpft Lukašenko einerseits erfolgreich an die Traditionen der patriarchalischen Untertanenkultur an. Gleichzeitig führt er mit seinem messianischen Führungsstil, der sich insbesondere in der Propagierung der Vereinigung von Belarus und Rußland zeigt, neue Elemente ein, die der belarussischen politischen Kultur bisher fremd waren.

Angesichts der wachsenden internationalen Isolierung, die Belarus aufgrund des autoritären Führungsstils seines Präsidenten erfährt, sehen sich die Belarussen immer häufiger mit einem negativen Image ihres Staates im Ausland konfrontiert. Infolgedessen läßt sich erstmals in der belarussischen Geschichte eine zunehmende Selbstidentifikation der Belarussen auf staatlicher Ebene beobachten. Hierin könnte ein Ansatz dafür liegen, daß der belarussische Dualismus sich im 21. Jahrhundert zugunsten des aktivistischen Kulturtyps aufhebt. Gegenwärtig wird er bereits durch Jugend und große Teile der Stadtbevölkerung repräsentiert, während die Anhänger Lukašenkos vor allem in der Landbevölkerung und der älteren Generation zu finden sind.

## 1 Zur Problemstellung

Die Untersuchung der politischen Kultur in einem bestimmten Land ist Teil des Versuchs, die Besonderheiten der politischen Reorganisation des Raumes am Ende des 20. Jahrhunderts im globalen Kontext zu verstehen. Die anstehende Jahrhundertwende ist durch zahlreiche neue Herausforderungen gekennzeichnet. Das Ende der bipolaren Weltordnung und der Zerfall der UdSSR als einer der beiden Supermächte haben das gefestigte System der internationalen Kommunikation, das auf begrenzten Kontakten zwischen halbgeschlossenen Systemen, auf Mißtrauen, Blockkonfrontation und der Doktrin der "Eindämmung" beruhte, fast vollständig zerstört. Allerdings kam es entgegen den anfänglichen Erwartungen nicht zu einer weltweiten Etablierung einer universell gültigen politischen Ordnung nach dem Modell der westlichen Demokratie. Wir befinden uns im Gegenteil in einer offenbar länger andauernden Phase der Fragmentierung der Welt sowie der wachsenden Vielfalt regionaler Zentren und nationaler Varianten der staatlichen Verfaßtheit.

Der Dialog zwischen den neuen politischen Akteuren erweist sich als ungeahnt schwierig. Der Wunsch, möglichst schnell seinen Namen zu etablieren, eine angemessene Nische in der neubestimmten Welt zu finden, führt häufig zu neuen Kommunikationsproblemen. Das erschwert zweifellos das wechselseitige Verstehen der handelnden Akteure, bewirkt zunehmende Instabilität, begünstigt die Entstehung neuer regionaler Konfliktherde und Kriege. Aus diesem Grund hat die Wissenschaft ein verständliches Interesse an den Verfahrensweisen und politischen Techniken, mit deren Hilfe die Errichtung eines neuen kommunikativen Raumes des weltweiten Soziums möglich sein könnte. Jedes Land ist in diesem Sinne ein einzigartiges politisches Laboratorium, das besondere Ergebnisse hervorbringt, vor allem, wenn ein so feingewobener Stoff wie die politische Kultur Objekt der Untersuchung ist.

Die Rekonstruktion der politischen Kultur in Belarus im Sinne eines konkreten Wissens gibt uns eine Vorstellung vom Funktionieren von Code-Programmen. Es läßt sich erkennen, welche dominierenden Regeln und Normen die Prinzipien der gesellschaftlichen Selbstorganisation und ihre wesentlichen Institutionen bestimmen sowie die Wahl eines politischen Entwicklungsmodells beeinflussen. Somit gerät die Gesamtheit der Faktoren, oder um mit den Worten von Gabriel Almond und Sidney Verba zu sprechen, der "Realien des politischen Lebens", ins Blickfeld des Forschungsinteresses, die die Selektion und die Realisierung der im gesellschaftlichen Bewußtsein in Form von festen Vorstellungen und Einstellungen angelegten Code-Informationen bestimmen. Die vorliegende Studie versucht, einen Beitrag zu leisten zum Verständnis der posttotalitären Entwicklung bestimmter Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts, zur Bestimmung der Mechanismen dieser Entwicklung sowie der sie begleitenden Ungewißheiten. Der Versuch, die politische Kultur in Belarus zu rekonstruieren, kann in gewisser Weise als "hermeneutischer Schlüssel" zum politischen "Text" des gegenwärtigen Belarus dienen, der Perspektiven dieses Textes im neuen kommunikativen Raum aufzeigt.

## 2 Methodische Grundlagen

Die folgende Studie stützt sich im wesentlichen auf die im Rahmen der vergleichenden Politikwissenschaft von Gabriel Almond, Sidney Verba und Lucian Pye ausgearbeiteten Modelle zur Untersuchung der politischen Kultur, die mittlerweile in vielen Ländern erfolgreich angewendet und weiterentwickelt wurden.<sup>3</sup> Politische Kultur wird dementsprechend definiert als "subjektive Dimensionen der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme".<sup>4</sup> Mit anderen Worten: Politische Kultur meint das integrative, relativ stabile System allgemeiner Vorstellungen über das politische System sowie über seine Mitglieder. Diese Vorstellungen beinhalten nach Almond/Powell kognitive, emotionale und wertende Komponenten, die sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene zu betrachten sind.<sup>5</sup>

Die Aufgabe, den politisch-kulturellen Raum in Belarus zu rekonstruieren, legt es nahe, die beständigsten Strukturen im System der politischen Vorstellungen zu untersuchen, die auf das kollektive Gedächtnis, die Traditionen, die Bräuche und die vorherrschenden Werthaltungen zurückgehen. Als Quellen für diese Analyse dienen historische Dokumente, Erinnerungen und Aufzeichnungen von Zeitgenossen über die Belarussen und ihren Nationalcharakter. Der Rückgriff auf historische Quellen macht es möglich, die Dauerhaftigkeit der Strukturen aufzuzeigen, bringt aber auch Probleme mit sich. Diese bestehen vor allem in einer gewissen Sperrigkeit des herangezogenen Faktenmaterials und in der Akzentuierung psychischer Aspekte der kollektiven Erfahrung.<sup>6</sup> Da politische Kultur zu beträchtlichem Anteil aber gerade die psychische Dimension der Politik darstellt, erscheint ein solcher Ansatz trotzdem gerechtfertigt. Die Untersuchung basiert somit sowohl auf allgemeinen Ansätzen als auch auf dem speziellen Instrumentarium, das in der politischen Psychologie angewendet wird.<sup>7</sup>

Gleichzeitig verlangt die Untersuchung der politischen Kultur eine Analyse der Institutionen des politischen Systems, um den Zusammenhang zwischen den Einstellungen in der Gesellschaft und der Entstehung von Institutionen deutlich zu machen. Umgekehrt kann so untersucht werden, auf welche Art und Weise und in welchem Maße entstehende Institutionen auf die politische Kultur einwirken. Schließlich ermöglicht dieser

---

3 Vgl. u.a. Almond, G., Comparative Political System, in: Journal of politics, 1956 (18), No. 3, S. 391-409; Almond, G./Verba, S., The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963; Almond, G./Powell, G. B., Comparative politics: a developmental approach, Boston 1966; Pye, L./Verba, S. (eds.), Political Culture and Political Development, Princeton 1965; zur Anwendung und Weiterentwicklung vgl. u.a.: Balandier, G., Anthropologie politique, Paris 1984; Badie, B., Culture et politique, Paris 1993; Stoetzel, J., Valeurs du temps present. Une enquête européenne, Paris 1983; Batolov, E., Političeskaja kul'tura: ponjatje i fenomen, in: Politika: Problemy teorii i praktiki, Teil 2, Moskau 1997, S. 101-144; Gadžiev, K., Političeskaja kul'tura: konceptual'nyj aspekt, in: Političeskie issledovanija, 6/1991, S. 69-83.

4 Almond/Verba, The Civic Culture ... , S. 46.

5 Almond/Powell, Comparative politics ..., S. 50.

6 Vgl. Taker, P., Političeskaja kul'tura i liderstvo v Sovetskoj Rossii. Ot Lenina do Gorbačeva, in: SŠA: ekonomika, politika, ideologija, 1/1990, S. 76-85, hier S. 82.

7 Vgl. u.a.: Frejd, Z., Vvedenie v psichoanaliz. Lekcii, Moskau 1989 (deutsch: Freud, Sigmund, Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, Gesammelte Werke, hrsg. von Anna Freud, Bd. 11, Frankfurt/Main 1966); Fromm, E., Begstvo ot svobody, Moskau 1986 (deutsch: Fromm, Erich, Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt/Main 1966); Atkinson, J./Feather, N., A theory of achievement motivation, New York 1966; Hermann, W., Workbook for developing personality profiles of political leaders from content analysis data, Mimeo Merson Center, Columbus, The Ohio State University 1987; Gozman, L./Etkind, A., Ot kul'ta vlasti k vlasti ljudej, in: Neva, 7/1989, S. 16-27, u.a.



Ansatz festzustellen, inwieweit die “Realien des politischen Lebens” von dem Modell, das die politische Führung deklariert, abweichen.

Die Analyse der aktuellen politischen Kultur, die sich aus historisch vererbten Elementen wie aus neuen Kenntnissen, Einstellungen und Werten zusammensetzt, stützt sich auf Ergebnisse soziologischer Untersuchungen, auf Zeitschriftenveröffentlichungen sowie auf Materialien der Tagespresse.

### **3 Historische Retrospektive der politischen Organisation in den belarussischen Gebieten**

Der historische Diskurs der politischen Kultur beinhaltet zwei grundlegende Aspekte: zum einen die Traditionen und den Stellenwert der Staatlichkeit, zum anderen die grundlegenden Vorstellungen von politischer Macht und ihrer Organisation.

#### **3.1 Traditionen und Ansehen der Staatlichkeit**

Die Geschichte von Belarus kennt mehrere Versuche, eine eigene Staatlichkeit zu schaffen. Der erste ist mit der Entstehung der Fürstentümer auf dem Territorium des heutigen Belarus verbunden. Ungeachtet der Tatsache, daß die staatlichen Strukturen für die damalige Zeit relativ weit entwickelten waren, wurden sie nicht zu Zentren eines möglichen belarussischen Staates, sondern wurden in die stärkeren Strukturen des Großfürstentums Litauen eingegliedert.

Von dieser Zeit an beinhaltete die staatliche Identifikation der Belarussen ein dualistisches Prinzip: Einerseits entstanden aufgrund der kompakten Siedlungen Mechanismen der Selbstidentifikation, die es den Belarussen erlaubten, sich von anderen Völkern abzugrenzen, andererseits vollzog sich die Formierung des belarussischen Ethnos vor dem Hintergrund eines ständigen Verbunds mit anderen Völkern (Großfürstentum Litauen, Rzecz Pospolita, Russisches Reich, UdSSR), was zu beständigen unionistischen Vorstellungen in der politischen Kultur der Belarussen führte. Es ist das Syndrom, das der ungarische Historiker István Bibó die “Misere” oder die “Hilflosigkeit der kleinen Völker Osteuropas” genannt hat.<sup>8</sup> Sie bestand darin, daß diese Völker in der Phase, als in ganz Europa die Ausbildung der Nationalstaaten einsetzte (16.-18. Jahrhundert), keine stabilen Formen von Eigenstaatlichkeit schaffen konnten. Während es vielen dieser Völker, so den Ungarn und den Tschechen etwas später – im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – gelang, die Frage der Nations- und Staatsbildung zu lösen, blieb sie für die Belarussen weiter ungelöst.

Allerdings verdienen zumindest zwei Versuche, in dieser Periode einen belarussischen Staat zu schaffen, eingehendere Beachtung. Beide sind mit den Ereignissen in den Jahren nach der Revolution von 1917 verbunden. Vor dem Hintergrund der drohenden Teilung der belarussischen Gebiete und der Eingliederung der westlichen Teile in das Deutsche Reich bzw. in das Habsburger Reich gelang es der Mehrzahl der politischen Kräfte, eine Übereinkunft zu erzielen und am 25. März 1918 die Unabhängigkeit des am Vortag

---

<sup>8</sup> Vgl. Szücs, J., *Les trois Europes*, Paris 1985, S. 108 (deutsch: *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt 1994; vgl. auch Bibó, I., *Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterie*, Frankfurt 1992).

gegründeten Staates – der Belarussischen Volksrepublik (BNR) – zu verkünden. Die BNR existierte vor allem dank der Unterstützung der lokalen deutschen Besatzungsbehörden und wurde nach der Aufkündigung des Vertrags von Brest-Litowsk durch Sowjetrußland und der Besetzung des belarussischen Territoriums durch die Rote Armee aufgelöst.

Am 1. Januar 1919 rief die vom Zentralkomitee der bolschewistischen Kommunistischen Partei von Belarus gebildete Provisorische Regierung die Belarussische Sowjetische Sozialistische Republik (BSSR) aus. Damit war die Grundlage für den Aufbau eines sowjetkommunistischen Modells der belarussischen Staatlichkeit gelegt, das die meiste Zeit im Rahmen eines de jure föderativen, de facto aber zentralistisch aufgebauten Staates funktionierte. Das sowjetische Modell der nationalen Staatlichkeit hatte mehr als siebenzig Jahre Bestand. Es übt weiterhin einen sehr spezifischen Einfluß auf die gegenwärtige Entwicklung des belarussischen Staates aus.

Wichtig für diese Untersuchung ist, daß im kollektiven Gedächtnis der Belarussen das Bild eines starken Staates, eines selbständigen geopolitischen Zentrums, das die verschiedenen Gebiete in einem Staat gesammelt und die verstreuten ethnischen Gruppen zu einer Nation zusammengefügt hätte, fehlt. Stattdessen wurde das Territorium des heutigen Belarus aufgrund der besonderen geographischen Lage an der Grenze zweier konkurrierender Zentren – des westlichen römisch-katholischen und des östlichen byzantinisch-orthodoxen – immer wieder neu aufgeteilt. Im Laufe der Zeiten gerieten die Gebiete, auf denen die ethnischen Belarussen siedelten, immer wieder in die Zugehörigkeit verschiedener Staaten (Polen, Rußland, Deutschland, Litauen) oder erlebten einen Umbau der administrativen Strukturen.<sup>9</sup> Auch das administrative Zentrum des Staates wurde ständig verlagert: Den Status der Hauptstadt hatten Polock, Novogrudok, Vilnius und Minsk. Offensichtlich erklärt sich aus diesen Umständen die Selbstidentifikation der Belarussen, die vor allem lokal geprägt war und auf der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium, zu einer Landschaft, zu einer Region (*“tutejšyja”* – belarussisch: Hiesiger) oder zu einer sozialen Gruppe (Orthodoxe, Katholiken etc.), zu einem Clan, einer Sippe, einer Familie beruhte.

Die Konsolidierung von Staatlichkeit vollzieht sich bekanntermaßen unter dem Einfluß verschiedener Faktoren. Einerseits handelt es sich um eine Reaktion auf eine permanente kriegerische Bedrohung von außen. Dem steht im Innern die Schaffung einer einheitlichen ökonomischen Infrastruktur, die Vereinheitlichung des politisch-rechtlichen Systems, die Schaffung eines einheitlichen kulturellen und sprachlichen Raumes gegenüber. Der psychische Mechanismus, der dieser Trennung in “innen” und “außen” zugrunde liegt, gründet in dem Streben nach Sicherheit und Voraussagbarkeit der Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft. Die belarussische Staatlichkeit ist durch eine widersprüchliche Beziehung zwischen äußeren und inneren Faktoren gekennzeichnet. Mit anderen Worten, eine äußere Bedrohung wurde nicht von allen Mitgliedern der Gesellschaft als solche wahrgenommen. Dies erklärt sich einerseits aus der Unbeständigkeit der rechtlichen Stellung verschiedener sozialer Kollektive und Gruppen (z.B. konfessionelle), die die eigene Sicherheit häufig nicht mit der Existenz des Staates verbanden. Andererseits ist es ein Zeichen der schwachen inneren Konsolidierung der heterogenen lokalen Elite, die eine Anpassung an den Druck von außen dem gefährlicheren Streben nach Konsolidierung der Nation vorzog.

In der Geschichte der belarussischen Staatlichkeit gibt es zwei Phasen, in denen innere und äußere Faktoren, die auf eine Vereinigung der belarussischen Gesellschaft hinwirkten, einander ergänzten und die territoriale wie

---

<sup>9</sup> Die New York Times bezeichnete Belarus zugespitzt als ein “von Geographie und Geschichte verfluchtes Land.” Vgl. Gapova, E., Belarus’: ot sovetskogo pravlenija do jadernoj katastrofy, in: Svaboda 2/1997.

auch die politisch-rechtliche Situation dies begünstigten. Aus diesen Perioden leiten sich zwei Staatsideale her, die Bestandteil der politischen Kultur der Belarussen sind und heute die Varianten eines möglichen Modells der belarussischen Staatlichkeit darstellen. Es handelt sich um das sogenannte "intellektuell-elitäre" Modell des Großfürstentums Litauen und das "Massenmodell" der Sowjetunion und dementsprechend der BSSR. Diese Konstruktionen spiegeln diametral entgegengesetzte Varianten der Rolle des Staates im Leben der Gesellschaft sowie der Beziehungen des Staates zur Gesellschaft wider. Die erste Variante gründet auf der Idee des Rechtsstaates und der Begrenzung der Kompetenzen des Staates durch die Gesellschaft. Die zweite geht zurück auf die Idee des sozial gerechten Staates mit einer umfangreichen Kontrolle über die Gesellschaft, einem Verteilungssystem und paternalistischen Erwartungen. Jeder der Varianten entspricht ein Symbolträger (Nationalheld), in dem die Belarussen das Ideal eines Staatsmannes sehen. Im ersten Fall handelt es sich um Lev Sapega, den Vizekanzler des Großfürstentums Litauen, der an der Ausarbeitung des Statuts von 1588 beteiligt war.<sup>10</sup> Im zweiten Fall handelt es sich um Petr Mašerov, einen der beliebtesten Parteiführer der BSSR in den 70er und 80er Jahren.

Die widersprüchliche Geschichte der Staatswerdung in den belarussischen Gebieten prägt bei den Belarussen bestimmte Vorstellungen über den Staat. In ihnen fehlt eine starke Idee der Nation oder der Befreiung der Nation, die ein Streben des Volkes nach Unabhängigkeit und einen Anspruch auf Selbstbestimmung ausdrücken würde. Diesen Vorstellungen liegt viel eher die Idee des Märtyrertums ("*šmatpakutny belaruskij narod*" – "das leidgeprüfte belarussische Volk") und eines Überlebens-Utilitarismus ("*aby horš ne bylo*" – "wenn es nur nicht schlimmer wird") zugrunde. Nach dieser Idee versteht sich der Mensch nicht als Mitglied des Staates. Dieser bleibt für ihn immer eine unkontrollierbare und feindliche Kraft, weshalb er versucht, dessen Aufmerksamkeit nicht zu wecken. Gleichzeitig verspürt der Mensch gegenüber dem Staat die Verbundenheit eines Untertanen, die sich aus dem Minimum an Stabilität der Lebensverhältnisse erklärt, das der Staat ihm zum Überleben gewährleistet.

### 3.2 Die Organisation der politischen Macht in den belarussischen Gebieten

Die Gegenüberstellung der beiden wichtigsten Phasen, die die Organisation der politischen Macht in Belarus prägen, erlaubt es, von einer "unterbrochenen Tradition" zu sprechen. Somit stellt sich unweigerlich die Frage, welche der beiden Traditionen die authentisch belarussische sei.

Der ursprüngliche Prozeß der Konsolidierung politischer Macht unterschied sich in den belarussischen Gebieten nicht von analogen Vorgängen in anderen Regionen Europas. Die politische Organisation auf dem Gebiet des heutigen Belarus entwickelte sich entlang einer Linie, die frühfeudale Institutionen der politischen Macht übernahm und die Grundlagen des feudalen Staates festigte. Das Großfürstentum Litauen (14.-16. Jahrhundert) wies alle Kennzeichen einer feudalen Monarchie auf, an deren Spitze der Großfürst stand. Im Großfürstentum Litauen spielte ebenso wie in den frühfeudalen Staaten die Versammlung des Hochadels (Rada) eine bedeutende Rolle. Sie konnte ihre Stellung im Laufe der Zeit immer weiter ausbauen und an allen wichtigen staatlichen Entscheidungen teilhaben.

---

<sup>10</sup> Das Statut von 1588 war nach den Statuten von 1529 und 1566 die dritte zentrale Gesetzessammlung und schloß die Rechtskodifizierung im Großfürstentum Litauen ab. Es enthielt die Grundlagen des Staatsrechts und des Gerichtswesens sowie des Familien-, Boden-, Zivil- und Strafrechts.

Die Aufwertung der sozialen Rolle des Adelsstandes (Šljachta) fand ihren institutionellen Ausdruck in einem repräsentativen Organ, dem sogenannten Sojm, der seit dem 14. Jahrhundert regelmäßig einberufen wurde. Er stellte zunächst eine umfassende Versammlung der herrschenden Klasse dar. Nachdem seine Funktion ursprünglich in der Informationsgewinnung und der Beurteilung der von Herrscher und Rada getroffenen Entscheidungen bestanden hatte, weiteten sich seine legislativen Kompetenzen in der Folgezeit aus. Der Sojm wurde zum höchsten legislativen Organ des Großfürstentums Litauen und später der Rzecz Pospolita. Er wählte den König, der durch einen Vertrag mit den höchsten Vertretern des Adels, die über seine Wahl entschieden, gebunden war.<sup>11</sup>

Die Rzecz Pospolita wird häufig als "Adelsrepublik" bezeichnet, die auf den zahlreichen "Freiheiten der Šljachta" beruhte. Der "soziale Pluralismus", der "den Anstoß zur relativ frühen Entstehung von Ständen, Parlamenten und anderen Institutionen gab, die die Interessen des Adels, des Klerus, der Kaufleute und anderer Gruppen vertraten",<sup>12</sup> ist somit für die Entwicklung der belarussischen Gesellschaft ebenso charakteristisch wie für die Länder West- und Mitteleuropas.

Das Großfürstentum Litauen und die Rzecz Pospolita entwickelten sich somit im großen und ganzen nach dem Muster der westlichen kulturellen Tradition. So eingeschränkt und unvollkommen das Wahlrecht war, es aktivierte einen bedeutenden Teil des Adels. In den Städten ließ die Selbstverwaltung bei den Kleinbürgern Elemente eines aktivistischen Kulturtyps entstehen. Im Zuge der Entstehung bürgerlicher Lebens- und Wirtschaftsformen Ende des 18. Jahrhunderts vergrößerte sich der Kreis der sozial aktiven Schichten der Bevölkerung beständig, es entstanden die Grundlagen einer Zivilgesellschaft.

Die Eingliederung der belarussischen Gebiete in das Russische Reich infolge der drei Teilungen der Rzecz Pospolita bedeutete für Belarus nicht nur eine neue geopolitische Lage, sondern auch eine radikale soziokulturelle Transformation. Die belarussischen Gebiete wurden in den stark zentralisierten Staatsaufbau Rußlands eingegliedert und den Regeln der absoluten und imperialen Monarchie unterworfen. Sie wurden einer neuen administrativen Teilung in zwei Generalgouvernements – das Litauische und das Belarussische, die sich ihrerseits in Gouvernements untergliederten – unterzogen. Gleichzeitig wurde Belarus in das mächtige bürokratische System des Russischen Reichs eingegliedert.

Belarus befand sich in einer Situation der "Umkehrung", in einem Raum der spiegelbildlich verkehrten kulturellen Codes. Die Berufung auf die Autonomie der verschiedenen gesellschaftlichen Subjekte mußte durch den Appell an die starke Staatsmacht ersetzt werden. "Denn hier (in Rußland – I. B.) waren keine anderen Mechanismen der Integration und der Institutionalisierung der Gesellschaft, der Begrenzung der Privilegien der Bojaren und des Dienstadels entstanden als eine starke Staatsmacht".<sup>13</sup> Für Belarus äußerte sich diese neue Realität:

- im Übergang von einer begrenzten Monarchie mit republikanischen Elementen der Regierung (wenn auch in der Form einer Adelsrepublik) zu einer Form der absoluten Monarchie (unbegrenzte Autokratie);

---

<sup>11</sup> Vgl. Ihnatouski, U. M., Karotki narys historii Belarusi, Minsk 1991, S. 126-128.

<sup>12</sup> Vgl. Chantington, S., Zapad unikaln, no ne universaln, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, 8/1997, S. 84-93, hier S. 86.

<sup>13</sup> Gadžiev, K., Razmyšlenija o političeskoj kul'ture sovremennoj Rossii, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, 2/1996, S. 28.

- in der Beseitigung der Institutionen der politischen Partizipation (vor allem der Wahlen), die durch Institutionen der Ernennung und der vertikalen Unterordnung ersetzt wurden;
- in der Zentralisierung und Monopolisierung der zuvor zerstreuten politischen Macht, was zu einer erheblichen Verengung des Raumes der horizontalen Beziehungen führte (Beseitigung der Autonomie des lokalen feudalen Adels, des föderalen Aufbaus des Großfürstentums Litauen und der Rzecz Pospolita sowie der Autonomie der Städte nach dem Magdeburger Stadtrecht);
- in der schrittweisen Provinzialisierung der belarussischen Gebiete und ihrer Überführung in den Status einer “Peripherie des Imperiums”;
- in einem Wechsel des Mechanismus zur Herrschaftslegitimierung: Der traditional-rationale Typus wurde durch einen traditional-charismatischen ersetzt.

Das Aufeinandertreffen zweier politischer Diskurse führte zur Entstehung eines langanhaltenden kulturellen Konflikts auf dem Gebiet von Belarus. Er spiegelt den Zusammenstoß zweier historischer Typen der Organisation des politischen Raumes wider – des soziozentrierten (östlichen) und des personenzentrierten (westlichen) Typs. Ihnen entsprechen in der Terminologie von Almond/Verba zwei Typen der politischen Kultur – die selbstgenügsame Untertanenkultur (*parochial-subject culture*), die im folgenden auch als patriarchalische Untertanenkultur bezeichnet wird, und die aktivistische Untertanenkultur (*subject-participant culture*). Beide existierten gleichzeitig im soziokulturellen Kontext von Belarus und bedingten dessen Ambivalenz.

Die langandauernde Dominanz des soziozentrierten Typs wurde wiederholt von Akteuren des entgegengesetzten Typs angefochten, die ihre Ansprüche in Form eines Kampfes für die nationale Unabhängigkeit oder für den “Willen des Volkes”, in Form von Aufständen, Kundgebungen und oppositionellen Bewegungen vortrugen. Den tieferen Sinn dieser Ansprüche bildete das Streben, den Zustand zu überwinden, in dem die aktivistische politische Kultur unterdrückt wurde, und die aktivistische Kultur von einer “rezessiven” in eine “dominante” Position zu überführen.

Beide Typen der Kultur wurden mit bestimmten sozialen Trägern identifiziert. Als Agenten der personenzentrierten Kultur traten vor allem Vertreter des mittleren und niederen Adels, der national eingestellten Intelligenz, der Studenten und teilweise der Schicht der städtischen Kleinbürger auf. Die systemzentrierte Kultur wurde als bestehende Ordnung vom Hochadel, den Staatsbeamten und der Mehrheit der Übersiedler aus Rußland unterstützt.

Die Bauern, die den weitaus größten Teil der belarussischen Bevölkerung stellten, können entgegen der verbreiteten Meinung, sie seien an der Gemeinschaft orientiert und somit Träger der soziozentrierten politischen Kultur gewesen, mit keinem der beiden Typen eindeutig identifiziert werden. Sie verhielten sich in der Regel indifferent gegenüber den verschiedenen Wertorientierungen und gegenüber der Möglichkeit der Wahl zwischen ihnen, da sich ihre Lage mit dem Wechsel der Kulturtypen kaum änderte. Ihre konfliktablehnende bzw. konfliktvermeidende Haltung stellte die Bauern allerdings in die Nähe der patriarchalischen Untertanenkultur.

## 4. Die Mentalität der Belarussen: konstitutive Elemente eines kulturellen Codes

Bei der Untersuchung der politischen Kultur eines Volks oder einer Gesellschaft nimmt das Problem der Mentalität eine zentrale Stellung ein. Mentalität kann definiert werden als “bestimmter psycho-sozialer Zustand des Subjekts – einer Nation, einer Ethnie oder eines Volks – der die Ergebnisse eines langen und beständigen Einflusses ethnischer, natürlich-geographischer und sozioökonomischer Faktoren auf das Subjekt widerspiegelt”.<sup>14</sup> Die Mentalität stellt eine bestimmte Art, genauer gesagt, einen Mechanismus der Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung dar, der auf dem kollektiven Unbewußten beruht. Sie bestimmt in bedeutendem Maße den dominierenden Typ der politischen Kultur, deren Dynamik und Entwicklungsrichtung. Untersucht man die Besonderheiten der Mentalität eines Volkes, so kann man mit einer bestimmten Genauigkeit dessen Verhaltenslogik in konkreten historischen Situationen voraussagen. Dementsprechend zieht die Analyse der Mentalität seit zehn Jahren in Zusammenhang mit den tiefgreifenden Transformationsprozessen in den postkommunistischen Gesellschaften, mit der neuen Welle der nationalen Wiedergeburt in vielen Ländern zunehmend die Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf sich. Ein Ergebnis dieser Forschung ist, daß folgende Korrelation auszumachen ist: Je schwächer bestimmte Prozesse institutionalisiert sind und je radikaler der Umbruch ist, den einige gesellschaftliche Institutionen erfahren, desto mehr treten psychische Mechanismen an die Stelle von formalen Regeln und bestimmen die soziale Einstellung. Dabei spielen die beständigen Strukturen der Mentalität eine wesentliche Rolle.

Die derzeit erfolgversprechendste Methode zur Untersuchung der Mentalität eines Volks, einer Gesellschaft oder einer Nation zieht historische Fakten, d.h. das besondere historische Schicksal eines Volks, heran. In ihm spiegeln sich geographische und geopolitische Determinanten ebenso wider wie ethnokonfessionelle und soziokulturelle Faktoren der Identitätsbildung. Alexis de Tocqueville liefert in “Über die Demokratie in Amerika” eine brillante Mentalitätsstudie, in der er zur Erklärung der Funktionsfähigkeit der amerikanischen Demokratie die grundsätzliche Organisation des Denkens der Amerikaner untersucht. Er unterscheidet drei Ursachen, darunter die zufällige und spezifische Situation, in der sich die amerikanische Gesellschaft, deren Gesetze, Gewohnheiten und Sitten befanden.<sup>15</sup> Unter der zufälligen und spezifischen Situation ist der gesamte Komplex der Umstände zu verstehen, unter denen sich die amerikanische Gesellschaft entwickelte, vor allem jedoch die Position der “Erstentdecker” in einem riesigen, weitestgehend unerschlossenem geographischen Raum. Auch die Spezifik der “belarussischen Situation” kann mit Hilfe des von Tocqueville angewandten Koordinatensystems bestimmt werden.

### 4.1 Geographische und geopolitische Faktoren

Die belarussischen Gebiete befanden sich im unmittelbaren wie im übertragenen Sinne immer am Schnittpunkt internationaler Wege, Einflüsse, Interessen und Kulturen. Einerseits waren die Gebiete offen für Kontakte, woraus gute Bedingungen für die Entwicklung des Handels, des Handwerks und der Bildung erwachsen.

---

<sup>14</sup> Butenko, A. P./Kolesniëenko, Ju. V.: Mentalitet rossijan i evrazijstvo: ich sušenost' i obščestvenno-političeskij smysl, in: Sociologičeskie issledovanija, 5/1996, S. 92-102, hier S. 94.

<sup>15</sup> Vgl. de Tocqueville, A., De la démocratie en Amérique, Paris 1981.

Andererseits bestand ständig die Bedrohung eines Angriffs von außen. Das Territorium des heutigen Belarus war immer wieder Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen,<sup>16</sup> an deren Ende es zu einer Pufferzone oder zu einem "Tauschgegenstand" im Streit stärkerer Konkurrenten gemacht wurde, so beispielsweise während des Krieges zwischen dem Moskauer Staat und dem Polnischen Königreich (bzw. der Rzecz Pospolita) im 16.-18. Jahrhundert und während des russisch-schwedischen Krieges Anfang des 18. Jahrhunderts. Besonders zerstörerisch für Belarus waren die Kriege des 20. Jahrhunderts, die die kriegsvermeidende Ausrichtung der gegenwärtigen politischen Kultur der Belarussen prägten, wobei dem Großen Vaterländischen Krieg (1941-1945) ein besonderer Symbolwert zukommt.

Das ständige Wissen um die Gefahr eines Krieges, um die Bedrohung durch Eroberer oder auch nur um den Machtantritt neuer Herrscher schuf den Archetyp einer effektiven psychischen Mobilisierung und Anpassung. Dieser ist durch Eigenschaften wie Zurückhaltung, Duldsamkeit, Gewöhnung an die Härten des Lebens, eine gewisse Verslossenheit sowie die Neigung, Gefühle zu verbergen, und Apathie gekennzeichnet. Wie die zu Beginn dieses Jahrhunderts herausgegebene Russische Enzyklopädie vermerkt, sind die Belarussen "ihrer Natur nach äußerst apathisch, was aber eher eine Folge der historischen Umstände, denn ein Anzeichen der Minderbegabung ist".<sup>17</sup> Die beständige Gefahr führte zu einer gewissen Isolierung des Privatlebens der Belarussen, zu einer autonomen Lebensweise, zur manchmal "mit Nachteilen verbundenen Fähigkeit, sich von den Nachbarn abzugrenzen".<sup>18</sup> Autoren, die die Mentalität und den Charakter der Belarussen untersucht haben, fügen hinzu, daß die spezifischen geographischen Bedingungen des zu einem großen Teil in Sumpf-, Wald- oder Heidegebieten gelegenen Belarus die Entstehung eines spezifischen Isolationismus begünstigten. Die vereinzelt Siedlungen, die wie auf Inseln verteilt lagen, vermochten lange Zeit nicht in Kontakt miteinander zu treten.<sup>19</sup> Vor diesem Hintergrund entstand eine spezifische Kultur der selbstgenügsamen Kommunikation, des Rückgriffs auf die eigene Erfahrung und die lokalen Traditionen.

Die Belarussen beanspruchten von ihrem Archetyp her niemals einen großen Lebensraum, sie begnügten sich mit dem Raum, in dem sich ihr privates Leben abspielte. In den Grenzen dieses Privatlebens erhielten sie ihre Unabhängigkeit. Viele Dokumente über die Kriege in verschiedenen historischen Epochen halten ein Charakteristikum des Verhaltens der Belarussen gegenüber den Okkupanten, den Truppen des Feindes, fest: In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Gleichgültigkeit.<sup>20</sup> Widerstand wurde nur dann geleistet, wenn das Okkupationsregime offen Gewalt anwandte und mordete oder allgemein anerkannte Heiligtümer und Werte beleidigt wurden.

Die gemäßigt konformistische Reaktion auf die Besetzung des Landes durch Fremde hatte eine latente Motivation, in deren Struktur das Motiv der Loyalität im Interesse der Sicherheit dominierte. Gleichzeitig liegen die Ursprünge dieses Verhaltensmotivs in der beschriebenen Gewöhnung an ein isoliertes Leben sowie in der Priorität der lokalen Identifikation vor der gesamtstaatlichen, da erstere angesichts der herrschenden staatlichen Unbestimmtheit als einzige Sicherheit garantierte. Es ist bekannt, daß während der großen Kriege

---

16 In manchen Phasen dauerte der Krieg mit kurzzeitigen Unterbrechungen mehrere Jahrzehnte. Es ist mit Ausnahme der letzten fünfzig Jahre kein Zeitraum von 30-40 Jahren auszumachen, in dem kein Krieg stattgefunden hätte.

17 Russkaja Eniklopedija, Band 3, Sankt-Petersburg 1907, S. 401.

18 Ebd.

19 Vgl. z.B. Kojaloviè, M. O., Ètenija po istorii Zapadnoj Rossii. Sankt-Petersburg 1884.

20 Vgl. Kachanouski, M. O. u.a. (Hrsg.): Historyja Belarusi, Minsk 1996, S. 195, S. 399.

des 19. und 20. Jahrhunderts auf dem besetzten Gebiet von Belarus nationale Regierungen geschaffen wurden, die versuchten, die Unabhängigkeit von Belarus durchzusetzen.<sup>21</sup> Diese Versuche waren von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Dies nicht nur, weil die geschaffenen Strukturen nur eine kleine Gruppe von Menschen erfaßten und diese dann gezwungen waren, mit dem jeweiligen Okkupationsregime zu kooperieren, sondern auch, so paradox es erscheinen mag, weil vom Standpunkt einer lokalen oder regionalen Sicherheit betrachtet, die nationale Vereinigung zu viele Unwägbarkeiten und Gefahren in sich barg.

Eine Ausnahme bildet wohl der Befreiungskampf des belarussischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs, aus dem zahlreiche Beispiele von Heroismus, Patriotismus und Widerstand in der Partisanenbewegung bekannt sind. Jedoch bestätigt die Betrachtung des ganzen Verhaltensspektrums auch in diesem Fall eher die archetypischen Strukturen der Mentalität der Belarussen. Der Widerstand und der aktive Kampf gegen die Armee Hitlers war vor allem eine Reaktion auf den Genozid, den die deutsche Besatzung in Belarus verübte.

## 4.2 Ethnokonfessionelle und kulturelle Faktoren

Die Geschichte der ethnokonfessionellen Beziehungen spielt bei der Herausbildung der politischen Kultur entlang eines bestimmten Entwicklungspfads eine bedeutende Rolle. In Belarus spiegelt die Entwicklung der ethnokonfessionellen Beziehungen in vielerlei Hinsicht die Besonderheit der geographischen und geopolitischen Lage wider. Die belarussische Gesellschaft hat im Verlaufe der Jahrhunderte ein besonderes Verhältnis zur Religion herausgebildet, das Teil der soziokulturellen Organisation der Belarussen wurde. Für unsere Untersuchung sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- die religiöse Wahl bzw. Selbstbestimmung und der Charakter der ethnokonfessionellen Beziehungen in der Gesellschaft;
- das Wesen der praktizierten Religionen (regionale Varianten), ihr Einfluß auf die Traditionsbildung, die Bräuche, die Sitten des Volks, seine Mentalität;
- die Impulse für die Herausbildung bestimmter soziokultureller Typen des gesellschaftlichen Lebens.

Wenn man mit Max Weber versucht, die “Bedingungen und Wirkungen einer bestimmten Art von [religiösem] Gemeinschaftshandeln”<sup>22</sup> in Belarus zu skizzieren, so muß man die multikonfessionelle Umgebung als wesentlichen Faktor bezeichnen, die auf der Koexistenz und der Konkurrenz zweier führender Konfessionen – des Katholizismus und der Orthodoxie – beruhte. Die religiösen Beziehungen in Belarus bestimmten in enger Verknüpfung mit den politischen, kulturellen und ethnischen Prozessen das besondere Schicksal der Belarussen. Es lassen sich drei Perioden unterscheiden:

---

21 Vgl.: Belorussija v epochu feodalizma: Sbornik dokumentov i materialov, Band 3, Minsk 1961/ Band 4, Minsk 1979.; Mazing, G. Ju./Erusalimëik, L. F., Berezina, god 1812-yj, Minsk 1991; Dounar-Zapol'ski, M. V., Asnovy dzjaržaunasci Belarusi, Minsk 1994; Dolgotovi', B. D., Belarus' v gody velikoj otečestvennoj vojny v voprosach i otvetach, Minsk 1994; Turonak, Ju, Belarus' pad njameckaj akupacyjaj, Minsk 1993.

22 Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1985, S. 245.



1. die Etablierung der beiden wichtigsten Konfessionen und anschließende Dominanz des westlichen, katholischen Kulturtyps;
2. die Vereinigung von Kirche und Staat unter der Dominanz des östlichen, orthodoxen Kulturtyps;
3. die Trennung von Staat und Kirche, die Unterdrückung der Religion unter der Dominanz des sowjetisch-atheistischen Kulturtyps.

#### **4.2.1 Die Etablierung der wichtigsten Konfessionen und die anschließende kulturelle Dominanz des Katholizismus**

Das Christentum setzte sich in den belarussischen Gebieten zunächst in Form der Orthodoxie durch, die in der Kiever Rus' die wichtigste Religion darstellte und dem religiösen Zentrum in Byzanz unterstellt war. Die Entstehung und Festigung des Großfürstentums Litauen, zu dem die orthodoxen Gebiete des heutigen Belarus sowie Teile der heutigen Ukraine und von heidnischen, baltischen Stämmen besiedelte Gebiete gehörten, führte zu einer Verbreitung der Orthodoxie auch unter den Balten.

Im Verlauf des 13., 14. und 15. Jahrhunderts änderte sich diese Situation allerdings. Der Zerfall der Kiever Rus' nach dem Sturm der Mongolen führte zur Verlagerung des religiösen Zentrums der russischen Orthodoxie nach Suzdal'. Der Aufstieg des Moskauer Fürstentums und die später unter der Devise "Moskau – das dritte Rom" durchgeführte "Sammlung russischer Erde" führten zu Auseinandersetzungen mit dem Großfürstentum Litauen. Während des 14. Jahrhunderts unternahmen die litauischen Großfürsten mehrmals den Versuch, eine autokephale orthodoxe Kirche zu gründen.<sup>23</sup> Dies gelang im Jahre 1354, als der Patriarch von Konstantinopel zwei Metropoliten "für das ganze russische Land" bestätigte – in den Großfürstentümern Moskau und Litauen. Da die orthodoxe Kirche jedoch von Byzanz abhängig blieb und die Moskauer Metropole dort eine wichtigere Rolle spielte, kann nicht von einer vollwertigen Autonomie gesprochen werden. Das Scheitern des Versuchs, auf dem Gebiet des Großfürstentums Litauen eine starke orthodoxe Kirche in einer mehr westeuropäisch geprägten Variante aufzubauen, kann als einer der Gründe für die Schwäche der inneren Konsolidierung und schließlich den Zerfall der Staatlichkeit des Großfürstentums Litauen genannt werden.

Im 13., besonders aber im 14. Jahrhundert verstärkte sich der Einfluß der katholischen Kirche im Großfürstentum Litauen, was nicht zuletzt durch die Vereinigung des Großfürstentums Litauen mit dem Königreich Polen in der Union von Krevo im Jahre 1385 bedingt war. Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts wurde der Katholizismus zur dominanten Religion auf dem Gebiet des Großfürstentums Litauen mit einer im Vergleich zur Orthodoxie privilegierten Behandlung durch den Staat. Wenn somit die Orthodoxie auch nicht zur dominanten Religion in diesem Gebiet wurde, so spielte sie doch eine große Rolle bei der Konsolidierung des belarussischen Ethnos (Krivieën, Dregoviëën, Radmieën u.a.), der Herausbildung einer bestimmten Lebensform sowie der Bräuche, der Zeremonielle und der Normen.

---

<sup>23</sup> Vgl. Zajkouski, I, Rolja kanfesijjnaha faktary u nacyjanal'naj svjadomaci belarusau, in: Belarusika – Albaruthenica, Buch 2, Minsk 1993, S. 266; Drahun, Ju., Uniackaja carkva Belarusi i dzijamaja palityka, in: Z Historyjaj na "Vy", Minsk 1994, S. 90.

Die Spaltung des Großfürstentums Litauen in zwei Konfessionen hatte nicht nur einen Unterschied der religiösen Einstellungen der Bevölkerung zur Folge, sie verschärfte auch den Kampf zweier Staaten, des Moskauer und des Litauischen, um die Ausweitung des eigenen Einflusses auf die angrenzenden Gebiete. Aus dieser Auseinandersetzung ging zunächst Polen als Sieger hervor. Wie der Historiker Andrej Kištymov es formuliert, “befanden sich die Belarussen im Verlauf mehrerer Jahrhunderte an der Grenze zweier slavischer Zentren – des polnischen Königums und des Moskauer Zarentums”, weshalb “im religiösen Leben von Belarus die Politik immer wichtiger als die Religion war”.<sup>24</sup> Gerade die starke Interdependenz religiöser und außenpolitischer Einstellungen bestimmte somit die besondere ethnokonfessionelle Atmosphäre des soziokulturellen Dualismus und einer konsensualen Kultur im Großfürstentum Litauen.

Die Konkurrenz zweier Konfessionen führte zur Etablierung eines relativen religiösen Gleichgewichts, zur Suche nach Kompromissen, um eine gewisse Selbständigkeit des Großfürstentums Litauen zu erhalten. Jede klerikale Gruppe war sich der Gefahr der Eskalation eines religiösen Konflikts zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen zwei Staaten bewußt, weshalb radikale und gewaltsame Methoden vermieden wurden. Infolgedessen wurde zunächst die Orthodoxie rechtlich mit dem Katholizismus gleichgestellt und schließlich eine Kirchenunion geschlossen (Union von Brest, 1596), aus der sich eine neue Richtung des Christentums entwickelte, die Unierte Kirche. Diese sah keine Vereinigung der beiden Konfessionen vor, sondern stellte eine Art Kompromiß zwischen dem “katholischen Papocäsarismus” und dem “orthodoxen Cäsaropapismus” dar.<sup>25</sup> Gemäß dem Vertrag von Brest blieben in den belarussischen Gebieten die orthodoxen Bräuche, Zeremonielle und Feiertage ebenso wie der Gottesdienst in kirchenslavischer Sprache erhalten. Gleichzeitig wurden der römische Papst und der Katholizismus als höchste Autorität anerkannt. Ende des 18. Jahrhunderts gehörten 70% der Bevölkerung der Unierten Kirche an, unter der Landbevölkerung sogar 80%.<sup>26</sup> Die neue Kirche zeigte sich in der Lage, nicht nur der dogmengläubigen Orthodoxie, sondern auch der Katholizierungs- und Polonisierungspolitik der Rzecz Pospolita zu widerstehen.

Die ethnokonfessionelle Situation in der ersten Periode der Entwicklung der religiösen Beziehungen auf dem Gebiet des heutigen Belarus weist eine Reihe von besonderen Aspekten auf, die Einfluß auf die Mentalität der Belarussen genommen und einen besonderen Typ der soziokulturellen Interaktion geschaffen haben. Die religiöse Entwicklung ist durch Dynamik, den Wechsel der konfessionellen Prioritäten sowie das Entstehen neuer Glaubensrichtungen und Kirchen gekennzeichnet.<sup>27</sup> Trotzdem kennt die Entwicklung der religiösen Beziehungen nicht die blutigen Religionskriege, die Westeuropa vom 13. bis zum 17. Jahrhundert erschütterten. Im Großfürstentum Litauen sowie in der Rzecz Pospolita entstand schrittweise ein religiöser Pluralismus, und wenn der Katholizismus auch staatliche Unterstützung erfuhr, so behielt die orthodoxe Kirche doch ihre Autonomie. Dies fand seinen Niederschlag in vielen Rechtsakten. Das Privileg von 1563 stellte den Adel “christlichen Glaubens” gleich, die Warschauer Konferenz von 1573 verkündete die Religionsfreiheit und

---

24 Kištymov, A., *Mentalitet belarusau vaëami ruskaha Belarusika – Albaruthenica*, Buch 2, Minsk 1993, S. 203-204.

25 Berdjajev, N. A., *Filosofija svobody*, Moskau 1990, S. 167.

26 *Etnahrafija Belarusi*, Encyklopedyja, Minsk 1989, S. 66.

27 Vgl.: Ihnatouski, U., *Karotki narys historyi Belarusi*, Minsk 1991; Stankeviè, A., *Chryscijanstva i belaruski narod*, Vil’nja 1940; Lyè, L., *Relihija i nacyjanal’naja samasvjadomasc’ belarusau*, in: *Belarusika – Albaruthenica*, Buch 2, Minsk 1993, S. 59-68.

den Frieden zwischen den Andersgläubigen, das Statut von 1588 bestätigte die Religionsfreiheit und gewährleistete rechtlichen Schutz für Protestanten.

Man kann somit von einer besonderen religiösen Toleranz sprechen, durch die sich die Bevölkerung dieses belarussisch-litauischen Staates auszeichnete. Diese These findet ihre Bestätigung in den Zuwanderungsbewegungen, in deren Verlauf die Übersiedler den multikonfessionellen und polyethnischen Charakter der belarussischen Gebiete verstärkten. Vom 14. bis zum 18. Jahrhundert ließen sich Tataren, Russen, Juden, Zigeuner, Polen und Ukrainer in diesen Gebieten nieder. Die relativ friedliche Austragung des Konflikts zwischen dem Katholizismus und der Orthodoxie sowie die Gründung der Kirchenunion sprechen ebenfalls für diese These. Die religiöse Toleranz der Belarussen führte allerdings nicht zu einer Vermischung der Konfessionen, da die Normen des eigenen Glaubens dem jeweils gewisse Grenzen setzten.

Dieses Verhalten war wahrscheinlich unter den Bedingungen des Lebens in einem Grenzgebiet das optimale Modell, als Volk seine ethnosoziale Einheit zu erhalten. Im Ergebnis entwickelten sich der eigenständige Kulturtyp und die Mentalität der Belarussen, die vor allem durch zwei unauflöslich verknüpfte Elemente gekennzeichnet sind: durch Dualismus und Harmoniestreben.

#### 4.2.2 Die regionale Variante der ostslavischen Mentalität

Betrachtet man das “Wesen der Religion” (Max Weber) oder die “Gewohnheiten und Sitten” (Tocqueville), so ist festzustellen, daß die regionale (belarussische) Variante der Orthodoxie und dementsprechend der von ihr projizierte Kulturtyp sich von dem großrussischen und klassisch byzantinischen unterschied. Ihr fehlte die zumindest in der Eigenwahrnehmung der Russen dominante Neigung zu Extremen, zu scharfen Umbrüchen, zur Polarität: vom Despotismus zur Anarchie, von melancholischer Kontemplation zu Grausamkeit, vom Hang zur Gewalt zu Opferbereitschaft und selbstloser Güte, von sklavischer Untertänigkeit zu Rebellion, etc.<sup>28</sup>

Einerseits stand für die Belarussen ebenso wie für alle anderen orthodoxen Slaven im Zentrum der Weltordnung nicht das Individuum, sondern das Kollektiv, die Gemeinschaft mit ihren Idealen der brüderlichen Liebe und der Solidarität. Die Belarussen “nahmen ebenso wie die Russen und die Ukrainer Forderungen des Einzelnen an die Gemeinschaft nach immer mehr individuellen Rechten als etwas moralisch Verwerfliches wahr”.<sup>29</sup> In diesem Sinne war der soziokulturelle Diskurs in Belarus stark östlich oder „systemzentriert“ (Aleksandr Obolonskij) geprägt.

Andererseits kannte die belarussische Selbstwahrnehmung nicht die der russischen eigene extreme Selbstgenügsamkeit, in der das Individuelle mit dem Universalen verschmilzt, wenn alle Kräfte des Individuums der Gemeinschaft gewidmet und seine Rechte erst so erworben werden.<sup>30</sup> Die belarussische Selbstwahrnehmung beschrieb selten Verhaltensmuster, wie sie idealtypisch in den Romanen Dostoevskijs geschildert sind, die Gemeinschaft wurde nicht in gleicher Weise sakralisiert und zur heiligen Einheit (*sobornost*) übersteigert. Wichtiger war das Gefühl der eigenen Unabhängigkeit, der Autonomie. Das

---

28 Vgl. Berdjajev, N.: Russkaja ideja: Osnovnye problemy russkoj mysli XIX i XX v., Paris 1946, S. 202.

29 Ljuks, L., Evrazijstvo, in: Voprosy filosofii, 6/1993, S. 202.

30 Vgl.: Evrazijstvo. Deklaracija. Formulirovka. Tezis, Berlin 1926, S. 3.

Individuum fordert von der Gemeinschaft keine Rechte ein, gleichzeitig ist sein Mikrokosmos unabhängig, er verschmilzt nicht mit dem Makrokosmos, dessen Grenzen zudem meistens lokal abgesteckt sind (das Dorf, die Stadt, der Boden). In dieser Hinsicht zeigt die Perzeption der eigenen Kultur durch die Belarussen Elemente der westlichen, „personenzentrierten“ (Aleksandr Obolonskij) Variante mit ihrer Ausrichtung auf das Individuum.

Wesentlich ist auch, daß die Belarussen in der Tradition des Christentums “die Welt als eine Ordnung wahrnehmen, in der alles seinen von Gott bestimmten Platz hat”,<sup>31</sup> eine Ordnung, die von niemandem zerstört werden kann. Ihre Demut gegenüber dem göttlichen Willen und dem Schicksal findet ihre Entsprechung in dem besonderen Konservatismus und der Trägheit, im Fehlen der Neigung zur Explosion in der “sinnlosen und gnadenlosen russischen Revolte” (Aleksandr Puškin). Die Belarussen verstecken ihre Unzufriedenheit, sublimieren sie durch Offenheit und Freundlichkeit nach außen, was Edvard Dubjaneckij als “Ambivalenz der Gefühle” bezeichnet hat.<sup>32</sup>

Gerade in den Strukturen des Unterbewußtseins sind die Ursprünge der belarussischen Toleranz, der „guttaperchaartigen Plastizität“ (Ol'ga Abramova),<sup>33</sup> d.h. der Gefügigkeit, der Biegsamkeit, der Formbarkeit (Andrej Kištymov) zu finden. Sie sind in keiner Weise Ergebnis einer bewußten Entscheidung für ein kulturelles Modell, sondern lediglich Ausdruck des Strebens nach Komfort und Gleichgewicht in einer durch den geschilderten Dualismus geprägten Welt.

Die Mentalität der Belarussen unterscheidet sich in einem weiteren wesentlichen Punkt von der der Russen. In der russischen Selbstwahrnehmung nimmt die sogenannte Komponente “Sinn des Lebens” eine bedeutende Rolle ein. Das Erkennen und Erfüllen des Sinns des Lebens, die Kontemplation, die Konstruktion eines Ideals sind Grundbestandteile der Philosophie der “russischen Idee” und ein unersetzliches Attribut des irdischen Lebens der Russen. Der in Literatur und Philosophie konstruierte Idealtyp – im doppelten Wortsinn – des “russischen Menschen” lebt auf diese Weise kein irdisches Leben, er ist durch sein “Streben zum Transzendenten, das mal in der Ewigkeit, in einer anderen Welt, mal in der Zukunft, in dieser Welt erreicht werden soll” charakterisiert.<sup>34</sup> Verliert dieser Mensch das Interesse an seinem Ziel, verliert er auch das Interesse am Leben. Der Philosoph Lev Karsavin beschreibt diese Eigenschaft so: “Um seines Ideals willen ist [ein solcher Mensch] bereit, sich von allem loszusagen, alles zu opfern; zweifelt er an seinem Ideal oder an der Möglichkeit der baldigen Verwirklichung dieses Ideals, gibt er ein Beispiel unvorstellbarer Unterwürfigkeit oder mythischer Gleichgültigkeit gegenüber allem”.<sup>35</sup>

Die Wahrnehmung der eigenen Mentalität durch die Belarussen gehört einem anderen Paradigma an. Für dieses ist die Absolutsetzung eines Ideals nicht charakteristisch, die Projektion in die Zukunft hat enge Grenzen. Im Unterschied zu den Russen legen die Belarussen keinen besonderen Wert auf das Leben in der

---

31 Trubeckoj, N., Naselenie Ėngischana, in: Vestnik MGU, serija “Social’ nopolitičeskie issledovanija”, 4/1991, S. 40.

32 Dybjanecki, E., Mentalitet belarusau: sproba historyka-psichalahiënaha analizu, in: Belarusika, Albaruthenica, Buch 2, Minsk 1993, S. 195.

33 Guttapercha ist der zu einer zähen, kautschukähnlichen Masse eingetrocknete Milchsafte verschiedener in Südostasien wachsender Bäume. Das davon abgeleitete Adjektiv ist in einschlägigen russischen Wörterbüchern mit den Bedeutungen nachgiebig, mehrdeutig bezeichnet – Anm. des Übers.

34 Berdjaev, N., Istoki i smysl russkogo kommunizma, Moskau 1990, S. 9.

35 Vgl. Russkaja ideja, Moskau 1992, S. 322.

Zukunft, wichtig ist das Leben in der Gegenwart, "hier und jetzt". Infolgedessen sind ihre Moralvorstellungen nicht auf asketische Vollkommenheit gerichtet, sie orientieren sich an konkreten Verhaltensstandards. Man könnte vorausgreifend feststellen, daß den Belarussen die Versprechungen sozialer Projekte in Form einer globalen Umgestaltung der Lebenswelt schon immer ein wenig fremd waren.

All dies wird bestätigt durch die Feststellung, daß die belarussische Variante der Orthodoxie im Gegensatz zur byzantinischen-messianistischen Tradition keine expansionistischen Bestrebungen kennt. Der belarussischen Mentalität ist weder ein geopolitischer noch ein konfessioneller Expansionismus eigen. Wie bereits festgestellt, ist der Lebensraum des Belarussen lokal begrenzt, und in diesem Raum findet auch die Suche nach Harmonie statt. Man könnte sagen, daß in der belarussischen Mentalität bis zum 18. Jahrhundert Komponenten west- und osteuropäischer Kultur vorhanden sind, nicht aber, im Gegensatz zu den Bewohnern des Russischen Reichs, eurasische.

Der Kontakt der Belarussen mit dem Eurasismus begann erst Ende des 18. Jahrhunderts, als die belarussischen Gebiete Teil des Russischen Reichs wurden. Zuvor hatten die Bemühungen, eine autokephale Kirche zu schaffen und eine Kirchenunion zu gründen, zum Ziel gehabt, den lokalen Raum selbständig zu organisieren und den belarussischen Kulturtyp zu festigen. Die Unierte Kirche war nach Meinung vieler Historiker der am ehesten akzeptable Rahmen, innerhalb dessen die Besonderheiten der belarussischen Mentalität gefestigt und kulturell bearbeitet werden konnten. Politisch war die Unierte Kirche nach Westen gerichtet, psychisch aber blieb sie ostslawisch. Sie enthielt somit, ohne die grundlegenden Werte der Belarussen zu zerstören, das Modell einer Selbstreformierung in Richtung auf einen Ausgleich der ambivalenten Mentalität der Belarussen. Ihr kam es allerdings nicht zu, eine revolutionäre Rolle nach dem Vorbild des westeuropäischen Protestantismus zu spielen. Ihr kurzes historisches Schicksal war zunächst von der zielgerichteten und gewaltsamen Polonisierung und später der Russifizierung geprägt.

#### **4.2.3 Die Dominanz der imperial-orthodoxen Kultur**

Die Politik des Russischen Reichs auf dem Gebiet des ehemaligen Großfürstentums Litauen nach dessen Eingliederung in das Reich war durch Zurückhaltung geprägt. Sie versuchte, den größtenteils katholischen hohen und mittleren Adel auf ihre Seite zu ziehen. Aus diesem Grund hatte die katholische Kirche Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts noch beträchtlichen Einfluß auf die belarussischen Gebiete.

Daneben waren eine orthodoxe Eparchie, die seit dem 17. Jahrhundert dem Moskauer Patriarchen, später der Synode unterstellt war, sowie die Unierte Kirche tätig, und in den östlichen Gebieten wurde sogar ein jesuitischer Orden gegründet. Somit war die religiöse Situation in den belarussischen Gebieten trotz der staatlichen Unterstützung für die orthodoxe Kirche relativ tolerant. Dies änderte sich mit den Aufständen des Adels und der Bauern, deren wichtigste in den Jahren 1794, 1830 und 1863 stattfanden.

Die Politik des Russischen Reichs beabsichtigte zweifellos nicht nur eine Eingliederung der belarussischen Gebiete in das Reich, sondern auch ihre national-kulturelle Assimilierung. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Mitglieder der Unierten Kirche durch die orthodoxe Kirche und den Staat, dem diese Kirche

unterstand,<sup>36</sup> gewaltsam gezwungen, sich dem Moskauer Patriarchat zu unterstellen. Im Jahre 1839 wurde die Unierte Kirche vollständig aufgelöst. Nach der Volkszählung aus dem Jahre 1897 stellte die orthodoxe Bevölkerung in den fünf westlichen Gouvernements, auf welche die belarussischen Gebiete im Russischen Reich vorrangig verteilt waren, etwa 60% der Bevölkerung, die katholische etwa 22%.<sup>37</sup> Der größte Teil der Katholiken lebte in den Gouvernements Vilnius und Grodno.

Die Regierung des Zaren betrieb eine aktive Umsiedelungspolitik<sup>38</sup> und versuchte, die russische Sprache zu etablieren. Das Belarussische durfte weder in der Schule noch in den Behörden noch in der Presse (mit Ausnahme von ethnographischen Publikationen) verwendet werden,<sup>39</sup> was zu seiner fast vollständigen Zurückdrängung in die Sphäre der Alltagssprache führte, wie sie hauptsächlich von den Bauern gesprochen wurde.

Die Transformation der belarussischen Gesellschaft innerhalb des Russischen Reichs ist durch einige wesentliche Merkmale gekennzeichnet, die einen großen Einfluß auf die weitere Entwicklung hatten:

1. Die Eingliederung der belarussischen Gebiete in das Russische Reich führte zu einer radikalen Umorientierung auf die östliche (russische) Variante der Orthodoxie. Diese implizierte unter den Bedingungen eines Imperiums ein Zusammenwachsen von Staat und Kirche, eine ideologische Sicherung und Unterstützung des Staates durch die Kirche sowie einen allmählichen Übergang von den Werten der lokalen Gemeinschaft zu den Werten des Imperiums (Autokratie, Orthodoxie, Nationalität).<sup>40</sup>

Für die Bevölkerung der belarussischen Gebiete bedeutete dies eine endgültige Konsolidierung des konsensualen Kulturtyps, der auf dem geschilderten doppelten Kulturcode gründete und sich durch vielfältige psychische Anpassungsmechanismen auszeichnete. Unter den Bedingungen der Dualität der kulturellen Einflüsse und der Unbestimmtheit entstanden, war dieser Kulturtyp durch das Streben nach Erlangung und Erhaltung einer gesellschaftlichen Eintracht (belarussisch „*zhoda*“) gekennzeichnet. Diese Eintracht wurde als eigenständiger Wert, als unantastbares Symbol, betrachtet, das unter keinen Umständen zerstört werden darf. Die wichtigsten Kennzeichen dieser Kultur sind die Abneigung gegen Konflikte und Widersprüche, eine versteckte Unzufriedenheit und eine psychische Anspannung (als Ergebnis der ungelösten Widersprüche), ein Streben nach Stabilität, eine Abneigung gegen Radikalismus sowie gegen offene Opposition. In der Regel ist der konsensuale Kulturtyp verbunden mit einer Erhaltung der traditionellen Grundsätze der Gesellschaft, die allen bekannt und verständlich sind, mit einem Mißtrauen gegen Neuerungen, die das gewohnte „gesellschaftliche Gewebe“ zerstören. Für die

---

36 Seit 1797 stand der russische Zar offiziell der orthodoxen Kirche vor. Vgl. Chaustoviè, M., Skazavanne unii, in: *Z historyjaj na "Vy"*, S. 107-117.

37 Mit etwa 14 Prozent stellten die Juden die drittgrößte Konfession in den fünf Gouvernements, zu denen außerdem die Gouvernements Minsk, Mogilev und Vitebsk zählten. In den 35 mehrheitlich von Belarussen bewohnten Verwaltungsbezirken (*pavety*) lag der Anteil der Orthodoxen mit 70,8% übrigens höher als im Gouvernementsdurchschnitt. Vgl. U. I. Navicki u.a., *Kanfesii na Belarusi*, Minsk 1998, §5, 92, 99, 135, 150.

38 *Vilenskij vestnik*, 10/1870; Šabunja, K. I., *Agrarnyj vopros i krest'janskoe dvizenie v Belorusii v revoljucii 1905-1907 gg.*, Minsk 1962, S. 70.

39 *Narysy historyi Belarusi*. U 2-x èastkach, Teil 1, Minsk 1994, S. 334.

40 Vgl. Obolonskij, A. V., *Drama rossijskoj poltièeskoj istorii: sistema protiv liènosti*, Moskau 1994, S. 16.

Belarussen war dies um so akzeptabler, als sie größtenteils in ländlich geprägten Gebieten lebten und dem Bauernstand angehörten,<sup>41</sup> dessen Leben üblicherweise auf Beständigkeit und Erhaltung ausgerichtet war.

2. Die entstandene konfessionelle Situation erwies sich für die Entwicklung der ethnischen Selbstbestimmung der Belarussen als hinderlich. In der offiziellen Politik der Russifizierung wurde der ethnischen Umorientierung der belarussischen Bevölkerung eine große Rolle beigemessen. Die Theorien des "Panslavismus" und des "Westrussismus" behaupteten, daß die Belarussen ebenfalls Russen seien. Die Selbstbestimmung der Belarussen in Abhängigkeit vom Glauben wurde offiziell gefördert: Alle orthodoxen Belarussen ("russischen Glaubens") wurden automatisch als Russen behandelt, alle Katholiken ("polnischen Glaubens") als Polen. Somit verschwand das Wort Belarusse aus dem Gebrauch und wurde folglich aus dem Bewußtsein gedrängt.
3. Nach der Eingliederung in das Russische Reich befanden sich die belarussischen Gebiete in einer Zone strenger staatlicher Einflußnahme auf den Glauben und die Gewissensfreiheit. Die verstaatlichte Variante der Orthodoxie präsentierte sich den Belarussen weniger als Religion denn als Ideologie und gewährleistete weniger die Kommunikation der Menschen untereinander im Sinne einer Autonomie der Gesellschaft als eine Bindung des Untertanen an den Staat. Sie diente somit der Festigung der Autokratie. Dies beeinflusste erheblich die Vorstellungen über die Stellung der Religion in der Gesellschaft sowie die Entstehung einer bürgerlichen Kultur der Belarussen. Andere Religionen, die außerhalb der offiziellen Triade – "Autokratie, Orthodoxie, Nationalität" – blieben, waren offener für soziale Entwicklungen. In dieser Hinsicht wurde der Katholizismus in gewisser Weise zu einer Insel der belarussischen Sprache sowie zu einem Zentrum der belarussischen nationalen Wiedergeburt, insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts.<sup>42</sup>
4. Die Teilung der Belarussen in zwei Hauptkonfessionen mit unterschiedlichem gesellschaftlichen Status bestimmte in der Folge nicht nur die national-kulturellen Prioritäten und die Selbstidentifikation der Belarussen (Russen, Polen), sondern auch die Differenzierung nach sozialen Gruppen (Schichten) und die regionalen subkulturellen Besonderheiten. Genau in dieser Phase schritt die kulturelle und kommunikative Distanzierung zwischen der belarussischen nationalen Elite (die Intelligenzija, gesellschaftliche und kirchliche Repräsentanten, der Adel) und dem größten Teil der Bevölkerung, die schon in der Rzecz Pospolita begonnen hatte, am schnellsten voran. Ein großer Teil der Belarussen, vertreten vorrangig im Bauernstand, war orthodox, die belarussische Elite hingegen orientierte sich am Katholizismus. Das Leben in verschiedenen kulturellen Kontexten hatte häufig ein wechselseitiges Unverständnis zur Folge und verhinderte die Entstehung stabiler Kommunikationsbeziehungen zwischen den Gruppierungen.

---

41 Der Anteil der Bauern an der belarussischen Bevölkerung der Gouvernements Minsk, Mogilev und Vitebsk betrug im 19. Jahrhundert 90-94%, in der Stadt stellten die Belarussen nur 7,6% der Bevölkerung im Gouvernement Vitebsk und 30% im Gouvernement Mogilev.

42 Vgl. Hryhor'eva, V., Katalickae duchavenstva Ija vytokau belaruskaha adradžennja, in: Belarusika - Albaruthenica, Buch 2, Minsk 1993 S. 293-297.

#### 4.2.4 Die Dominanz der sowjetisch-atheistischen Kultur

Bei der Analyse der Bedeutung der Religion für die Herausbildung der politischen Kultur in Belarus kann die sowjetische Periode weitgehend unberücksichtigt bleiben, da die Kirche während dieser Zeit keine bemerkbare Rolle spielte. Die sowjetische Religionspolitik war formal durch die Prinzipien der Gewissensfreiheit und der Trennung von Kirche und Staat gekennzeichnet. Real aber fand die Trennung von Kirche und Staat in Form einer fast vollständigen Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben und ihrer Ersetzung durch die Kommunistische Partei statt. Nachdem diese die Rolle eines ideologischen Demiurgen eingenommen und die christlichen Werte in Form der marxistischen Lehre modernisiert hatte, konnte sie die Existenz eines ideologischen Konkurrenten nicht mehr dulden. Infolgedessen verlor die Kirche zunächst ihre Bedeutung als einzige und absolute Besitzerin der Wahrheit und Vermittlerin des Glaubens, um schließlich grausamen Repressionen ausgesetzt zu werden. Das Prinzip der Gewissensfreiheit erwies sich lediglich als Freiheit der Wahl zwischen dem Glauben an Gott und seiner Verleugnung. Der Glaube an Gott wurde dabei zu einer Art Ketzertum für die sowjetische Gesellschaft, zu einem Ausdruck des Zweifels an der kommunistischen Idee.

### 5 Besonderheiten der politischen Kultur in der Belarussischen SSR

Die sowjetische politische Kultur war in beträchtlichem Maße Erbin der Kultur des Russischen Reichs. Aus diesem Grund gestaltete sich der Übergang zum Totalitarismus nicht schwierig. Seine Attribute – charismatische Herrschaft, Führerkult, Allmacht des Staates, Dezisionismus – waren für die Menschen der Sowjetunion nichts Fremdes, sie hatten genotypisch schon früher existiert.

So reproduzierte sich das gewohnte System der Beziehungen zwischen Individuum und Staat, in dessen Zentrum der Staat stand. Nach den Worten von A. Zotov besteht die entscheidende Gemeinsamkeit darin, daß “der Staat vor dem Oktober 1917 wie auch danach immer über dem Volk stand”<sup>43</sup> und die staatlichen Interessen wichtiger als die persönlichen waren. Die Verantwortlichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat wurde nicht in eine Verantwortlichkeit des Staates gegenüber dem Bürger überführt. Die Sublimierung wurde erreicht, indem der sozialistische Staat sich als Ausdruck des Willens des Volkes darstellte und somit mit vollem Recht den höchsten Platz in der Hierarchie der Werte einnehmen konnte. Im Ergebnis festigte sich der soziozentrierte Typ der politischen Kultur. Die grundlegenden Prinzipien des autokratischen Staates reproduzierten sich fast vollständig: starke Zentralisierung, strikte Hierarchie der Staats- und Parteiorgane, eine entwickelte Bürokratie, ein System der politischen Bespitzelung, Zensur, eine dekorative repräsentative Demokratie in Form der Räte und Volksdeputierten.

Die sowjetische politische Kultur kann man zum Typ der systemzentrierten, etatistischen, geschlossenen Kultur zählen, oder, in der Terminologie von Almond/Verba, zum Typ der patriarchalischen Untertanenkultur (*parochial-subject culture*). Die politische Kultur der Sowjetunion stellt in dieser Hinsicht eine Regression

---

<sup>43</sup> Zotov, A. F., Federalizm v kontekste sporov o “russkoj nacional’noj idee”, in: Sociologičeskie issledovanija, 1/1996, S. 84-90, hier S. 88.



gegenüber der des Russischen Reiches dar. Die patriarchalischen Elemente verstärkten sich, die fragmentarisch vorhandenen Elemente des aktivistischen Typs verschwanden. Die jungen Triebe einer bürgerlichen Kultur in Form des Mehrparteiensystems, nichtstaatlicher gesellschaftlicher Organisationsformen und politischer Massenaktionen (Streiks, Demonstrationen, Wahlen zur Duma u.a.), die vor der Oktoberrevolution existiert hatten, verschwanden in dem Maße, in dem sich die "Diktatur des Proletariats" festigte. Gleichzeitig wurde das Land hermetisch abgeriegelt und isoliert. Die Kommunistische Partei wurde zu einer geschlossenen Korporation, die leitenden Organe nahmen den Charakter von Clans und Klientelen an. Das charismatische Bild der Ersterbauer des Kommunismus führte zur Irrationalisierung der politische Sphäre.

Ein äußerst bemerkenswertes Element der sowjetischen politischen Kultur ist das "Projekt" einer pseudoaktivistischen Kultur. Das Streben nach aktiver Beteiligung an der Politik, das in der Bevölkerung während der Revolutionsjahre geweckt worden war, wurde in das Unterbewußtsein verdrängt. Es wurde ersetzt durch Aktivitäten zugunsten der herrschenden Partei, durch ein Anspornen zur Aktivität im output-Bereich des politischen Systems, d.h. bei der Durchführung bereits getroffener Entscheidungen. Zunächst war das aktive Verhalten durch starke Emotionen, durch Enthusiasmus motiviert, die der Glaube an die Idee und den Führer hervorrief. Diese Aktivität wurde in jeder Hinsicht gefördert und durch Massenaktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen, Festivals, Treffen von Bestarbeitern, Sportlern, Kosmonauten etc. genährt. Als die Entfremdung von den Herrschenden einsetzte, wurde die zur Schau gestellte Aktivität zu einem Verhaltensstereotyp, zu einem automatisierten Ritual.

Belarus befand sich im gemeinsamen sowjetischen soziokulturellen Raum, hatte jedoch einen besonderen Diskurs. Dieser zeichnete, obwohl er ein breiteres Spektrum möglicher Entwicklungen enthielt, das postsowjetische Schicksal von Belarus vor. Belarus bildete in der Sowjetunion den Reintyp der sowjetischen politischen Kultur aus.

Die überdurchschnittliche Anpassungsfähigkeit des belarussischen Volkes, die Aufnahmebereitschaft und die Duldsamkeit erlaubten ihm nicht nur, sich in das bolschewistische Regime einzuordnen, sondern auch das von diesem geschaffene sozioökonomische Modell zum eigenen Vorteil zu nutzen. Sein "spezifisches Gesicht" im Koordinatensystem der Sowjetunion erlangte Belarus nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies ist vor allem auf die soziodemographische Situation zurückzuführen. Nach der Dezimierung der belarussischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg wurde Belarus Ziel mehrerer Zuwanderungswellen: ehemalige Soldaten, die sich nach ihrer Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft in Belarus niederließen, Arbeiter und Spezialisten, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft sowie zur Hilfe bei der Industrialisierung nach Belarus gekommen waren, demobilisierte Soldaten nach der Militärreform unter Chruschëv. Im Ergebnis reduzierte sich der Anteil der Belarussen an der Gesamtbevölkerung der BSSR zwischen 1959 und 1989 von 81,1% auf 77,9%, während der Anteil der Russen von 8,2% auf 13,2% stieg.<sup>44</sup> Ein Großteil der Zuwanderer siedelte sich in der Stadt an. Die belarussische Sprache wurde infolge der prorussischen Politik des Unionszentrums, ihrer phonetischen Ähnlichkeit mit der russischen Sprache sowie des minimalen Einflusses der belarussischsprachigen intellektuellen Kreise auf die gesamtgesellschaftlichen und kulturellen Prozesse nun fast vollständig auch aus dem mündlichen Umgang verdrängt.

---

<sup>44</sup> Vgl. Maruc', G. S./Staškeviè, M. S., *Historyja Belarusi: Nasel'nictva. Farmiravanne i vyznaèenne etniènych i dzjaržauna-administracyjnych mæu*, Minsk 1997, S. 51, 55.

Die Landbevölkerung, die besonders im Zeitraum vom Ende der 50er Jahre bis zum Ende der 70er Jahre auf die "Baustellen der Industrialisierung" gerufen wurde, gab dem zu dieser Zeit in den Städten entstehenden neuen Kulturtyp eine besondere Prägung. "Die ‚Nation der Bauern‘ strömte in die Städte, wo sie eine städtische Kultur erwartete – die 'russisch-sowjetische'".<sup>45</sup> Obwohl man diese Kultur kaum "russisch-sowjetisch" nennen konnte, da außer der Sprache keinerlei ethnische Merkmale vorhanden waren, so war sie auch keine belarussische Kultur. Man könnte eher von einer Nachkriegskultur der Industrialisierung sprechen, die viele ethnische Merkmale verwischte. Die Bauern, die äußerlich die Attribute des städtischen Lebens übernommen hatten (d.h. sich unter anderem an die Verwendung der russischen Sprache gewöhnt hatten), brachten ihre Gewohnheiten und Stereotypen, ihre Mentalität, mit in die Stadt und behielten sie dort bei.

Dieser komplizierte "Mix" hatte die Tendenz zur Integration statt zur Differenzierung in subkulturelle Elemente. Vor allem aufgrund der ethnosozialen Marginalisierung entstand ein relativ einheitliches Gebilde. "Belarus ist in ethnischer Hinsicht äußerst monolithisch ... Die allgemeine Ausrichtung der Kultur wird von der Kultur der Belarussen bestimmt"<sup>46</sup> – schreibt der Publizist Jurij Ševcov und meint damit, daß die Belarussen 78% der Gesamtbevölkerung des Landes stellen. Betrachtet man die starke "Sowjetisierung" der "Kultur der Belarussen", die in diesem Fall als verfeinerte Variante der Marginalisierung bezeichnet werden kann, so ist dieser Aussage nur teilweise zuzustimmen. Nicht zufällig entstand in bestimmten wissenschaftlichen Kreisen auf dem Höhepunkt der Bewegung der belarussischen Wiedergeburt Anfang der 90er Jahre die Idee, durch die Kultivierung folkloristischer Kulturformen, die ihre Ursprünglichkeit erhalten hatten, die Eigenständigkeit der belarussischen Kultur, das "authentische belarussische Wesen" wiederherzustellen.

Die Entstehung einer besonders bemerkenswerten Variante der sowjetischen Kultur gerade in Belarus ist durchaus verständlich. Belarus erlebte die fast vollständige Vernichtung der nationalen Intelligenzija während der stalinschen Repressionen und des Kriegs (darunter auch die polnische und die jüdische Intelligenzija). An Stelle der zerstörten eigenständigen städtischen architektonischen Landschaft entstand eine neue, von historischen Traditionen befreite, die von sowjetischer Symbolik geprägt war. So wurden die Belarussen vor dem endgültigen Vergessen ihrer eigenen Wurzeln, so paradox es klingen mag, vor allem "von der sowjetischen Nationalitätenpolitik selbst gerettet",<sup>47</sup> die gezwungen war, die äußeren Attribute der Gleichheit der Nationen zu wahren und deren "Blüte" zu demonstrieren.

Eine besondere Stellung im soziokulturellen Kontext von Belarus nahm und nimmt der Große Vaterländische Krieg ein, der für die Belarussen eine Art "historischer Kompaß" darstellt. Der Krieg, die belarussische Tragödie und der Partisanenkrieg prägten eine neue Stilrichtung des kulturellen Raums. Die Ausgestaltung dieses Raums erfolgte unter dem Einfluß authentischer Gefühle der Belarussen, der fortdauernden Erinnerung an die Geschehnisse des Krieges, der besten Werke der talentiertesten belarussischen Schriftsteller Vasil' Bykov, Ales' Adamoviè und Svetlana Aleksieviè sowie der offiziellen Propaganda, die all dies zu nutzen verstand. Das Kriegsthema wurde im Ergebnis kanonisiert und bildete ein bedeutsames Segment der Kultur in Belarus, unter anderem auch der politischen Kultur. Es kompensierte die Ausdruckslosigkeit der nationalen Geschichte von Belarus in der sowjetischen Historiographie und gab den Belarussen die Möglichkeit, sich mit

---

45 Dubovec, S., *Belorusy uchodjat ...*, in: *Neman*, 10/1991, S. 183-189, hier S. 189.

46 Ševcov, Ju. V., *Osobennosti social'no-političeskoj struktury i geopolitičeskogo položenija Belarusi*, in: *Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk*, Februar 1997, S. 56-63, hier S. 57.

47 Sahn, A., *Belarus: Eigenstaatlichkeit auf Widerruf*, Beitrag zur Konferenz "Die zweite nationale Wiedergeburt", Mannheim, 23.-25.9.1997; Clem, Ralph S., *Belorussians*, in: Graham Smith (Hg.), *The Nationalities Question in the Soviet Union*, New York – London 1990, S. 109-122.

dem Heldenmut im Krieg, mit dem Partisanenkampf, zu identifizieren. Für die offizielle Ideologie und die Propaganda war dies von doppeltem Vorteil: Erstens war die Selbstidentifikation des belarussischen Volkes mit der sowjetischen Geschichte verbunden, zweitens waren die nationalen Gefühle (der Nationalstolz) von den ethnischen Wurzeln abgetrennt worden. In diesem Sinne erscheint der Begriff "Partisanennationalismus" durchaus angebracht. Das Bild von Belarus als "Partisanen-" oder "Veteranenrepublik" war nicht bloß eine Metapher, ihm entsprach der Komplex der normativen Eigenschaften und der Verhaltensmuster. Eine zentrale Bedeutung kamen in ihm dem Gefühl der Unbesiegtlichkeit durch den äußeren Feind, der Furchtlosigkeit und Unabhängigkeit sowie der eisernen Disziplin zu. Zur wichtigsten symbolischen Figur wurde das Bild des Partisanenkommandanten – des "bat'ka" (belarussisch: Vater), des Rächers und Beschützers des Volkes, der gleichzeitig Vater der großen Partisanenfamilie war und das Partisanenleben organisierte.

Verbreitet wurden diese normativen Stereotypen von der relativ großen sozialen Gruppe der Kriegsveteranen wie auch der ganzen Kriegsgeneration, die viele staatliche Ämter innehatte. Die Führer, die in der Kommunistischen Partei oder den Räten an die Macht gekommen waren, stammten in der Regel aus den Reihen der ehemaligen Partisanen oder der Soldaten, was ihnen in Belarus unter den geschilderten Bedingungen eine besondere Legitimität verschaffte. Der Kriegsdiskurs wurde zu einem Teil der politischen Ideologie, zu einem konstitutiven Element der Sozialpolitik von Belarus sowie zu einem Sozialisationsfaktor für mehrere Generationen.

Beachtenswert ist, daß die Beziehungen zwischen dem Volk und der Staatsmacht nicht nur die sowjetische Erfahrung widerspiegeln, sondern auch die jahrhundertealte Tradition der bäuerlichen Mentalität. Der "Gang ins Volk", ein gemäßigter Paternalismus, eine väterliche Fürsorge mit Elementen der Strenge sowie die propagierte Offenheit gegenüber den "Klagen und Bitten der Werktätigen" wurden von der Mehrheit der Bevölkerung von Belarus positiv bewertet. Nicht unwichtig ist, daß die herrschende belarussische Elite nicht so demonstrativ vom Volk abgeschirmt war wie die Moskauer Elite durch die "Mauern des Kremls" und sich im Vergleich mit den anderen Republiken nicht durch besondere Empfänglichkeit für Korruption auszeichnete. Es entstand etwas, was man als "Treue-Konkubinats" zwischen dem Volk und den Herrschenden bezeichnen könnte. Es wurde durch die verhältnismäßig gute und stabile Versorgung der Bevölkerung von Belarus gefestigt.<sup>48</sup> Ihre klassische Ausprägung fand diese Allianz während der Amtszeit von Parteichef Mašerov (1965-1980), der zudem versuchte, eine von Moskau etwas unabhängigere Politik zu betreiben. Sein frühzeitiger Tod bei einem Autounfall ließ ihn zu einem "Nationalhelden" aufsteigen.

Auf die hohe Beständigkeit der sozialpsychologischen Strukturen des gesellschaftlichen Bewußtseins ist das Fehlen einer in irgendeiner Weise bedeutsamen Dissidentenbewegung in Belarus zurückzuführen. Das fragmentarische Auftreten einer solchen Bewegung war eher Ergebnis des Einflusses des rußländischen, speziell des Moskauer Lebens als eines von innen kommenden Dissens. Diese Bewegung war in latenter Form bei der Intelligenzija, größtenteils unter den Intellektuellen der Hauptstadt, anzutreffen.

---

48 Eine Erhöhung des Lebensstandards war vor allem zwischen 1965 und 1975 zu verzeichnen. In dieser Zeit verdoppelte sich das Volkseinkommen der BSSR nahezu, was zu bedeutend rascheren Lohnerhöhungen führte. 1976 wurde in Belarus das unionsweite Mittel bei der Industrieproduktion pro Kopf erreicht (die landwirtschaftliche Produktion pro Kopf überstieg den Unionsdurchschnitt um 50%). Ungeachtet der Tatsache, daß seit Ende der siebziger Jahre alle Kennziffern für die Produktion einen Abwärtstrend anzeigten, blieb das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung der BSSR über dem Unionsdurchschnitt.

## 6 Die postsowjetische Transformation und die soziokulturelle Landschaft

Belarus befand sich wie auch die anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion Ende der 80er Jahre an einem Scheideweg. Seitdem hat das Land drei kulturelle Herausforderungen durchlebt, denen jeweils ein kulturelles Projekt entspricht.

### 6.1 Das erste kulturelle Projekt für Belarus: Die nationaldemokratische Variante

Das erste Projekt ist in Verbindung mit dem Beginn der Perestrojka zu sehen. Es entstand im Rahmen des grundlegenden Konflikts dieser Zeit, dem Konflikt zwischen dem imperialen und dem nationalen Prinzip. Dieser war in Belarus, so paradox es erscheinen mag, „nur in geringem Maße durch nationale Motive ausgelöst“.<sup>49</sup> Er war in viel größerem Maße durch einen Protest gegen den imperialen Zentralismus, gegen die Unzugänglichkeit der Machtpositionen und die Reproduktion der sowjetkommunistischen Bürokratie, die zu Verbrechen gegen das Volk führten, gekennzeichnet als durch Forderungen nach einem eigenen Staat, nach der Verwirklichung der nationalen Idee. Zu den Enthüllungen über die Stalinzeit kamen die Aufdeckung der Verbrechen im belarussischen Kuropaty<sup>50</sup> und die bereits Gorbaëv angelastete Katastrophe von Tschernobyl hinzu. All dies erlaubte es, die Abhängigkeit vom Unionszentrum als wichtigsten Grund für die Katastrophen und Unglücke, die Belarus heimgesucht hatten, darzustellen. Am Ursprung dieser „Entdeckungen“ stand die Belarussische Volksfront (Belarusskij narodnyj front – BNF) unter der Leitung von Zenon Poznjak.

Der BNF gelang es, nach dem Vorbild der Nationalbewegungen in anderen Republiken die Bevölkerung von Belarus zu mobilisieren. Erstmals hatte das Volk Fragen wie „Was ist Belarus?“ und „Wie soll das Leben weitergehen?“ zu beantworten. Die BNF bildete zu dieser Zeit die einzige politische Kraft, die mit der Kommunistischen Partei im Kampf um die Ausformulierung der „Idee für Belarus“ zu konkurrieren vermochte.<sup>51</sup> Jedoch verfügte die Kommunistische Partei über äußerst begrenzte ideologische Ressourcen und ihre Manöver waren ungeachtet der äußerlichen Neuerungen schnell durchschaubar. Aus diesem Grund wurde gerade Poznjak zum „Newmaker“, wie ihn Vladimir Mackevič genannt hat,<sup>52</sup> zu einem Architekten des kulturellen Raumes und des ersten postsowjetischen Projekts für Belarus. Dieses Projekt sah eine relativ radikale Lösung für den Grundkonflikt dieser Phase vor, indem es auf die vollständige Unabhängigkeit, eine Belarussifizierung der Gesellschaft und eine Wiedergeburt des Landes zielte. Schlüsselwörter der nationalen Doktrin der BNF waren „*nezaležnasc*“ (Unabhängigkeit), „*adradženne*“ (Wiedergeburt), „*svaboda*“ (Freiheit), „*mova*“ (Sprache) und „*kul'tura*“ (Kultur), wichtigstes Symbol bildete das Großfürstentum Litauen. Diese Doktrin war lange Zeit populär. Unter ihrem unmittelbaren Einfluß wurden viele wichtige Gesetze verabschiedet, so das Sprachengesetz (1990), das Gesetz über gesellschaftliche

---

49 Timmermann, Ch., Na puti k avtoritarizmu?, in: Mirovaja ekonomika i mezunarodnye otnošenija, 7/1997, 82.

50 Ein Wald am Stadtrand von Minsk, in dem der Archäologe Z. Poznjak 1988 Massengräber mit Opfern von Erschießungen aus der Stalinzeit fand - Anm. des Übers.

51 In den XII. Obersten Sowjet der BSSR wurden 27 Deputierte der BNF gewählt, insgesamt stellten die im demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen 60 der 360 Deputierten.

52 Vgl. Mackevič, V. V., Belorusskaja demokratija: vopreki očevidnosti, Minsk 1996.

Organisationen (1990) und die Deklaration der staatlichen Souveränität von Belarus (27.07.1990). Als Höhepunkt dieser Tendenzen wurde schließlich nach den Ereignissen vom August 1991<sup>53</sup> mehrere Beschlüsse über die Unabhängigkeit von Belarus verabschiedet und die Souveränitätserklärung zu einem Verfassungsgesetz erhoben.

Die Erlangung der Souveränität für Belarus war freilich nicht allein ein Verdienst der BNF. Es herrscht vielmehr in weiten Kreisen Konsens, daß äußere Faktoren hierbei die entscheidende Rolle spielten. Belarus war in der Folge der "Parade der Souveränitäten", der Tätigkeit der Nationalen Fronten in anderen Republiken der UdSSR sowie der Situation, die sich nach dem Augustputsch und der Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der GUS ergeben hatte, gezwungen, seine Unabhängigkeit zu erklären und zu gestalten.

Nichtsdestotrotz war die belarussische Gesellschaft entgegen einer verbreiteten Meinung nur auf den ersten Blick gleichgültig gegenüber dem Problem der Unabhängigkeit und der Souveränität des Landes. Tatsächlich entwickelte sie in dieser Frage eine sehr eigentümliche Haltung. Die Neuheit der vorgeschlagenen Änderungen rief gewisse Erwartungen bei den Belarussen hervor, die sich im gesellschaftlichen Bewußtsein widersprüchlich widerspiegelten. Die in dieser Zeit durchgeführten Meinungsumfragen geben davon ein Bild.

Im Dezember 1991 unterstützten 69% der Befragten die Unabhängigkeit von Belarus und die Gründung der GUS (mit den Mitgliedern Belarus, Rußland, Ukraine), 10% äußerten sich ablehnend. Im Dezember 1992 war die Zahl der Befürworter schon auf 42% gesunken, die der Kritiker auf 34% gestiegen. Im Sommer 1992 unterstützten nur 30,7% der Respondenten den Austritt der Republik Belarus aus der UdSSR, 52,6% waren dagegen. Diese letzten Zahlen sind vor dem Hintergrund der Frage nach der Unabhängigkeit zu sehen, die gleichzeitig gestellt wurde: hier hießen 69% die Unabhängigkeitserklärung gut.<sup>54</sup> Betrachtet man schließlich das Ergebnis des Referendums vom März 1991, bei dem sich 82,7% der Bevölkerung von Belarus für eine Erhaltung der UdSSR aussprachen, so wird deutlich, daß der unionistische Typ des gesellschaftlichen Bewußtseins erst im Laufe der Zeit wieder dominant wurde und die Auslegung des Begriffs der Unabhängigkeit nun nur noch in Richtung einer gewissen Autonomie innerhalb der UdSSR lief.

Dies läßt sich aus dem Zusammentreffen der vielfältigen historischen Prozesse, die in den vorangegangenen Kapiteln skizziert wurden, erklären. Die unvollständige nationale Entwicklung und das unionistische Denken begrenzten die Möglichkeiten, eine unabhängige Entwicklung von Belarus in der nationalistischen Variante Poznjaks zu verwirklichen. Trotzdem hatte die BNF, die sich zu einem gewissen Zeitpunkt großer Popularität erfreute, eine historische Chance. Mit einer realistischeren Einschätzung der historischen Umbrüche, einer gemäßigeren und sorgsameren Politik, die das der BNF erwiesene Vertrauen nicht mißbraucht hätte, wäre sie zu nutzen gewesen.

Die BNF wählte hingegen die Taktik, die nationalistischen Aspekte ihres Projekts zu radikalisieren, und verabsolutierte die ethnischen und kulturellen Komponenten, so daß viele ihrer potentiellen Partner abgeschreckt wurden. Die Idee eines von der BNF als Kulturträger oktroyierten Programms konnte vor dem Hintergrund sehr realer sozioökonomischer Probleme nicht positiv aufgenommen werden. Die Belarussen waren, im Unterschied z.B. zu den Litauern, nicht bereit, im Namen der Freiheit oder der

---

53 Im August 1991 bildeten hohe Vertreter der sowjetischen Nomenklatura ein sogenanntes Notstandskomitee, das sich zum Ziel setzte, die geplante Unterzeichnung des Unionsvertrags zu verhindern, den damaligen Präsidenten und Parteichef der KPdSU, Michail Gorbaëev, zu stürzen und seine Reformpolitik zurückzunehmen – Anm. des Übers.

54 Vgl.: *Kakoj my vidim našu Belarus'*, Minsk 1993, S. 30, 37.

Souveränität ihres Landes ökonomische Härten auf sich zu nehmen. Die Konzeption Poznjaks verlor zudem an Aktualität, als die Auflösung der UdSSR sowie die Gründung eines de jure unabhängigen belarussischen Staates und der GUS die schärfsten Konflikte zwischen dem nationalen und dem imperialen Prinzip gelöst hatten. Waren zuvor im gesellschaftlichen Bewußtsein der Belarussen Befürchtungen vorhanden, man könnte zu "Geiseln des Chaos in der Union" werden, so wuchsen gegen Ende 1992 die Ängste, sich in der ungewöhnlichen Situation wiederzufinden, "alleine mit seinen Problemen fertigwerden zu müssen".<sup>55</sup>

## 6.2 Das zweite kulturelle Projekt für Belarus: Die parlamentarische Demokratie

Den Versuch, einen neuen politischen Raum zu schaffen, unternahmen nach der Unabhängigkeit Stanislav Šuškevič, der Vorsitzende des XII. Obersten Sowjets der Republik Belarus, und der zunächst mit ihm kooperierende, später aber konkurrierende Ministerpräsident Vjačeslav Kebič. Šuškevič stand aufgrund seines Amtes am Anfang einer "neuen Wiederkehr" des Parlamentarismus nach Belarus: Obwohl Belarus neben Armenien als einzige ehemalige Republik der Sowjetunion keine vorzeitigen Wahlen zum Obersten Sowjet durchführte, wurde dieser in jener Zeit dennoch umgestaltet. Aus einem sowjetischen Organ entstand eine Institution parlamentarischen Typs. Als Staatsoberhaupt war Šuškevič an diesem Prozeß wesentlich beteiligt.

Zum wichtigsten Konflikt dieser Phase wurde der um die Ausgestaltung von Demokratie und Markt.<sup>56</sup> Er hatte in Belarus, wie auch in vielen anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, zur Folge, daß Reformen zwar verkündet, in der Praxis aber sabotiert wurden. Ganz zu Beginn der neunziger Jahre herrschte in der belarussischen Gesellschaft eine recht günstige Stimmung für die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen im Rahmen einer allgemeinen Modernisierung. Im Dezember 1988 äußerten sich 56% der Teilnehmer einer Umfrage der Forschungsgruppe "Obščestvennoe mnenie" (Öffentliche Meinung) für die Einführung des Privateigentums (25% dagegen). Im Mai 1991 hielten 34% der Befragten die Privatisierung "für den einzigen Weg aus der Krise", 25% äußerten sich nicht ablehnend, fürchteten aber negative Folgen für das Volk. Im Frühjahr 1992 unterstützten 54,2% der Bewohner der Republik den Übergang zur Marktwirtschaft (17,9% dagegen). Bevorzugt wurde hierbei ein "langfristiger, aber sozial ausgewogenerer Übergang zum Markt" (48,6%), radikal und schnell wünschten sich ihn nur 24,9%.<sup>57</sup>

Das Projekt Šuškevičs, das in vielen Punkten mehr als situationsbedingte Improvisation denn als solide Konzeption bezeichnet werden muß, hatte die Unterstützung der beginnenden Reformen zum wichtigsten Ziel. Eine Polarisierung der Gesellschaft sollte verhindert, ein gesellschaftlicher Pluralismus sowie demokratische Grundlagen entwickelt und schließlich die Unabhängigkeit der Republik Belarus erhalten werden. Schlüsselwörter dieser Zeit waren "Reformen", "Marktwirtschaft", "Liberalisierung", "zhoda" (Eintracht) "pamjarkounac" (Bedachtsamkeit, Angemessenheit, Ausgewogenheit). Während der Umsetzung des Projekts setzten sich statt der Reform Elemente der "Eintracht" durch. Die zaghafte Reformierung und der

---

55 Golubev, V. V., "Belorusskij mentalitet" kak faktor formirovanija graždanskogo obščestva, in: Belarus-Monitor, Februar 1997, S. 48-52, hier S. 51.

56 Vgl. Vajnszejn, G., Postkommunističeskoe razvitie glazami zapadnoj politologii, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, 8/1997, S. 139-148, hier S. 140.

57 Vgl.: Kakoj my vidim našu Belarus', Minsk 1993, S. 5, 7, 15.

Wunsch, einen Konsens zu erreichen, um sich bei möglichen negativen Folgen der Reformen auf diesen berufen zu können, waren nicht nur eine deutliche Demonstration des sowjetischen Erbes der kollektiven Verantwortungslosigkeit. Sie waren auch untrügliche Anzeichen der belarussischen Mentalität mit ihrer Neigung zum Konservatismus und zur Unentschlossenheit, die für das Volk so charakteristisch wie für die Elite sind. Der Aufbau eines neuen demokratischen Raumes im Geiste des Parlamentarismus mit der viel Zeit in Anspruch nehmenden Einigung auf Regeln und Prozeduren sowie gesetzlich festgelegten marktwirtschaftlichen Umgestaltungen stieß auf zwei wesentliche Hindernisse. Zum einen begrenzte die umfassende Krise den für diese Reformen zur Verfügung stehenden Zeitraum, zum anderen stand das konkurrierende Projekt des Ministerpräsidenten Kebiè als Alternative zur Verfügung.

Kebiè war im Gegensatz zu Šuškeviè ein typischer Vertreter der Parteinomenklatura, der deren Interessen artikulierte und im Parlament mit der Fraktion "Belarus" (Agro-industrielle kommunistische Mehrheit) einen wichtigen Verbündeten hatte. Sein Projekt stand dem sowjetischen Traditionalismus näher. Es beinhaltete einen dosierten Pluralismus, der auch die Massenmedien umfaßte, sowie eine von der Nomenklatura getragene kapitalistische Entwicklung. Die Gesellschaft sollte in diesem Modell eines gemäßigten Autoritarismus, der durch einen starken Präsidenten sowie durch die Unterstützung einer geeigneten rußländischen Lobby gefestigt werden sollte, in begrenztem Maße an der Redistribution der Ressourcen beteiligt werden. Die Kräfte, die hinter Kebiè standen, führten unter dem Deckmantel einer reformorientierten Rhetorik eine "Nomenklatura-Privatisierung"<sup>58</sup> durch, während gleichzeitig im Parlament auf jede erdenkliche Weise versucht wurde, Gesetze, die eine rechtliche Grundlage für eine freie Marktwirtschaft geschaffen hätten, zu blockieren.

Beide Projekte neutralisierten und deformierten sich gegenseitig und konnten nicht zusammengeführt werden, obwohl jedes auf seine Weise auf dem "Feld der Demokratie" spielte. Die neuen Werte, die den kulturellen Diskurs dieser Phase bestimmt hatten, wurden infolgedessen im gesellschaftlichen Bewußtsein in hohem Maße diskreditiert. Dies geschah insbesondere, da reale Reformen ausblieben, eine einheitliche nationale Entwicklungsstrategie fehlte und die Antikrisenpolitik inkonsequent blieb, so daß die makroökonomische Lage sich rapide verschlechterte und der Lebensstandard sank.<sup>59</sup> Gleichzeitig machten sich erste deutliche Anzeichen einer Differenzierung der Gesellschaft bemerkbar. Es entstand eine neue Schicht von Privatbesitzern und Unternehmern, deren Wohlstand in starkem Kontrast zu der schlechten Situation der Mehrheit der Bevölkerung stand. Marktwirtschaft wurde deshalb bald mit Diebstahl assoziiert, mit einer Bereicherung einiger weniger, mit Korruption, "Prichvatisierung"<sup>60</sup> und Mafia. Demokratie wurde gleichgesetzt mit einer untätigen Regierung, mit Geschwätz ohne Taten, mit Anarchie. Zudem wurden ihre Mißerfolge weniger der Regierung als dem Parlament angelastet, dessen Funktionen kaum jemand verstand.

Die staatliche und nationale Unabhängigkeit, die Bestandteil des Projekts von Šuškeviè war, stand in ständigem Widerspruch zu der von Kebiè vertretenen pragmatischen Strategie eines engen Bundes mit Rußland. In der zentralen Frage der Unabhängigkeit gab es somit keinen Konsens.

---

58 Vgl. Zagorul'skaya, O., Interest Representation in Belarus, in: Klaus Segbers/ Stephan de Spiegeleire (Eds.): Post-Soviet-Puzzles, 4 Bände, Baden-Baden 1995, Band 3, S. 657-669, hier S. 669f.

59 1994 war betrug die Industrieproduktion noch 67% der des Jahres 1990, die Realeinkommen sanken im gleichen Zeitraum auf 41% des Ausgangswerts. Vgl.: Ling, S., Strategija gosudarstva – doživljanje, in: Respublika, 127/1997, S. 1.

60 Wortspiel des Russischen und Belarussischen, das auf dem Auftauchen des Lexems "chvatit" – "raffen" durch Hinzufügen eines Buchstabens in dem Wort privatizacijä beruht – Anm. des Übers.

Grundbestandteil des kulturellen Projekts Šuškevičs war die Eroberung eines für Belarus neuen historisch-symbolischen Raumes, dessen zentraler Verfechter neben der BNF er selbst war. Zusätzlich zu den schon 1991 eingeführten Staatssymbolen, der weiß-rot-weißen Flagge und des "Pogonja"-Wappens, die ihre Herkunft von den ersten belarussischen Fürstentümern und dem Großfürstentum Litauen ableiten, sollte der kulturelle Kontext der belarussischen Gesellschaft durch eine Neuinterpretation der Geschichte sowie durch den Aufbau einer nationalen Ethnologie, Ethnopsychologie, Sprachwissenschaft und weiterer, vorrangig geisteswissenschaftlicher, Wissenschaftszweige entstehen.

Die neue Symbolik und das neue Pathos der Unabhängigkeit stießen jedoch bei weitem nicht bei allen auf Verständnis, da ein großer Teil der Bevölkerung sich in der Sowjetunion nicht unwohl gefühlt hatte. Unabhängigkeit war für viele Belarussen immer nur dann zu einem Wert geworden, wenn ein äußerer Feind diese bedrohte, im Falle des freundschaftlichen Rußlands blieb sie irrelevant. Des weiteren wurde die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage von vielen mit dem Zerfall der UdSSR assoziiert, mit einer unnötigen gegenseitigen Isolierung der Republiken. Aus diesem Grund fügten sich "Unabhängigkeit" und "Souveränität" in die Reihe der zweifelhaften Werte ein.

Es entstand somit genau in dieser Phase eine deutliche Trennlinie zwischen den Werten "Markt – Demokratie – Souveränität" auf der einen Seite und "Planwirtschaft – durchgreifende Regierung – erneuerte UdSSR" auf der anderen Seite. Sie trennte die belarussische Gesellschaft in Anhänger von Reformen und Anhänger der Restauration bzw. in Modernisierer und Traditionalisten. So ergab eine Umfrage aus dem März 1993, daß 48,2% der Befragten sich ein Leben, wie sie es 1985 geführt hatten, wieder wünschten, 30% sprachen sich für eine Wiederherstellung der UdSSR aus.<sup>61</sup> Diese Regression auf der Werteskala barg die Gefahr einer Konservierung der beständigsten sowjetischen Stereotypen und einer Verengung des potentiellen Gestaltungsraums für Reformen.

Gleichzeitig wiesen soziologische Umfragen ungeachtet der nostalgischen Reminiszenzen ein nicht unbeträchtliches demokratisches und marktwirtschaftliches Potential auf. Eine Untersuchung des Unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Studien (NISEPI) aus dem Jahre 1994 ergab, daß die Hälfte der Befragten ein marktliberales Wirtschaftssystem bevorzugte. Gleichzeitig entwickelten sich gesellschaftliche Organisationsformen wie Parteien, Bürgerinitiativen, Verbände sowie unabhängige Gewerkschaften, Medien und Forschungszentren. Es entstanden Schritt für Schritt Ansätze einer neuen bürgerlichen Kultur.

Die Verabschiedung der Verfassung der Republik Belarus am 15. März 1994 spiegelt das zu diesem Zeitpunkt entstandene Kräftegleichgewicht zwischen den Anhängern der verschiedenen kulturellen Projekte wider. Die in der Verfassung verankerte Variante des präsidentiellen Regierungssystems war ein Kompromiß zwischen den Anhängern einer parlamentarischen und den Befürwortern einer präsidentiellen Demokratie. Gleichzeitig ist diese Entscheidung in Zusammenhang mit der "Parade des Präsidentialismus" zu sehen, die die Republiken der ehemaligen UdSSR zu dieser Zeit erlebt hatten.<sup>62</sup> Nach der belarussischen Verfassung von

---

61 Vgl.: *Kakoj my vidim našu Belarus'*, S. 65.

62 Zur betreffenden Zeit gab es in Belarus keine starke gesellschaftliche Unterstützung für eine Präsidentschaft. Zahlreiche Umfragen zeigten, daß sich für die Einführung des Amtes eines Präsidenten zwischen 60% der Bevölkerung (1991) und 30-35% (1992-93) aussprachen, dagegen zwischen 30 und 35%. Die Mehrheit der Bevölkerung verband dabei keine Hoffnungen auf eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation mit der Einführung des Präsidentenamts. Dies erwarteten beispielsweise nur 28,5% der Industriearbeiter, 41,6% der Studenten und 23,9% der Vorsitzenden der Dorfräte. Vgl.: Babosov, E., *Kto stanet prezidentom?*, in: *Central'naja Gazeta*, 6.5.1994, S. 3.



1994 ist der Präsident Staatsoberhaupt und Leiter der Exekutive. Er verfügt über weitreichende Vollmachten. Aber auch das Parlament (der Oberste Sowjet) nimmt wichtige Funktionen wahr. Ein solches Regierungssystem bedarf in der Regel, soll es funktionieren, eines Konsenses zwischen dem Parlament und dem Präsidenten sowie eines hohen Maßes an Unabhängigkeit und eines ausgeprägten Verantwortungsbewußtseins der beiden Gewalten.

Die vor den Präsidentschaftswahlen entstandene Situation war somit Ergebnis der Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen kulturellen Projekten von Šuškeviè und Kebiè, die einen unterschiedlichen Grad der Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen vorsahen, unterschiedlich tiefgreifende Reformen, abweichende außenpolitische Strategien sowie verschiedene Verfassungsmodelle. Ungeachtet des diametralen Gegensatzes der beiden Werteinstellungen trafen sich die beiden Projekte in einem Punkt: Ihre wechselseitige Blockierung verwies auf die Notwendigkeit von Veränderungen. “Die Zeit, das Volk, die Situation – alles verlangte in diesem Augenblick nach Veränderungen in Belarus”, kommentierte der Publizist und Politikwissenschaftler Anatolij Majszenja. “Das Volk war müde, die Menschen wollten neue Namen hören, die ihnen neue Hoffnung geben würden”.<sup>63</sup>

Symbol dieser Veränderungen wurde schließlich Aleksandr Lukašenko, den anfänglich sowohl Šuškeviè als auch Kebiè auf ihrer Seite geglaubt hatten. Nicht zuletzt deshalb konnte er bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1994 seinen wichtigsten Gegner, Kebiè, mit 81% gegenüber 14,1% schlagen.

### **6.3 Das dritte kulturelle Projekt: “Der Präsident als Imperator”**

Die Verabschiedung der Verfassung und die ersten freien Präsidentschaftswahlen in Belarus markieren den Übergang von der in der Transformationstheorie unterschiedenen Phase der Demokratisierung zu der Phase der Konsolidierung. Um die Verfassung von einem formaljuristischen Akt in eine kulturelle Realität zu überführen, war eine lange Arbeit aller Gewalten am Aufbau eines neuen konstitutionellen Raumes ebenso notwendig wie die Bereitschaft der Gesellschaft, den festgelegten Regeln zu folgen. Da eine Kultur der Gesetzestreue fehlte, gleichzeitig aber eine Gewohnheit zur Hörigkeit gegenüber den Machthabern sowie eine Neigung zum Konformismus bestanden, lag in Belarus eine besondere Verantwortung in den Händen der regierenden Elite, die sich entsprechend der neuen Verfassung gebildet hatte.

Die ersten Präsidentschaftswahlen gaben dem neuen Präsidenten, Aleksandr Lukašenko, weitreichende Vollmachten zur Verwirklichung seines kulturellen Projekts, das als Sieger aus dem eigentümlichen Wettbewerb der vorherigen Jahre hervorgegangen war. Dies war insbesondere möglich geworden, weil er

---

<sup>63</sup> Majszenja, A., Durnoj primer – drugim nauka, in: Narodnaja Gazeta, 14.7.1994.

sein Projekt in Zusammenhang mit einem Vortrag über Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption auf einer Sitzung des XII. Obersten Sowjets lange vor dem eigentlichen Wahlkampf vorgestellt hatte. Infolge dieses Vortrags war Šuškevič durch ein Mißtrauensvotum aus dem Amt des Vorsitzenden des Obersten Sowjets entlassen worden, woran der lange mit ihm konkurrierende Kebič ebenso interessiert war wie Lukašenko, dessen Popularität zu dieser Zeit bereits wuchs.

Die symbolische Bedeutung dieses Aktes ging jedoch weit über die einfacher Personalentscheidungen in den höchsten Machtebenen und das persönliche Drama Šuškevičs hinaus. Mit dessen Diskreditierung geriet auch der kulturelle Raum, den er repräsentierte, in Gefahr, diskreditiert und vernichtet zu werden. Wie die weiteren Ereignisse zeigten, waren die Befürchtungen nicht unbegründet. Die Politik Šuškevičs wurde immer mehr als „verbrecherischer Nationalismus“ betrachtet, der auch für den Zerfall der UdSSR verantwortlich sei. Die verbalen Symbole dieser Politik – *“pamjarkounasc”* (Ausgewogenheit, Bedachtsamkeit), *“zhoda”* (Eintracht), *“nezaležnac”* (Unabhängigkeit) – wurden von Lukašenko ausschließlich ironisch-spöttisch und abwertend gebraucht.

Die Konzeption Šuškevičs mit ihren wichtigsten Elementen Unabhängigkeit, nationale Symbolik, belarussische Sprache und schließlich auch Parlamentarismus nahm somit in Lukašenkos Projekt den Platz einer Antithese ein. Gleichzeitig enthielt es Versatzstücke aus dem Projekt von Kebič wie die Integration mit Rußland, die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie einige Thesen hinsichtlich der (vorgeblich) „gleichberechtigten Bedingungen für Staats- und Privatwirtschaft“, der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der „Diktatur des Gesetzes“. Die Konzeption erwies sich im Ganzen als recht eklektisch und populistisch, enthielt aber auch Formeln, die das Wesen des Projekts deutlich machen: „Kampf gegen die Korruption“, „Rückgabe des Raubguts an das Volk“, „Wiederherstellung der Ordnung“. Die Stilistik des Projekts operierte somit mit Begriffen wie Kampf, Restauration und Ordnung.

Ein solches Projekt entsprach aufgrund der ökonomischen Krise und der Enttäuschung in der Bevölkerung nicht nur der Stimmung in der Gesellschaft, die sich eine Rückkehr zu den wirtschaftlich relativ guten sowjetischen Zeiten wünschte, es war auch auf den Führungsstil seines Autors zugeschnitten: Es erforderte weder schwierige Modernisierungsprojekte noch Anstrengungen zur Durchführung von Reformen, so daß sein Autor keine besondere Verantwortung für Reformen zu tragen hatte. Zudem verfügte das Projekt über eine bedeutende ideologische und politische Flexibilität, da es einerseits offen für immer neue Feindbilder war, die es für politische Mißerfolge verantwortlich machte, und es andererseits erlaubte, die Kontrolle über die Gesellschaft zu verschärfen und die Ausweitung der Vollmachten der Regierung mit der dringend benötigten Wiederherstellung der Ordnung im Land und der Stabilisierung zu begründen.

Die restaurative Politik Lukašenkos war somit auf eine Wiederbelebung des sowjetischen Traditionalismus und die Mobilisierungsressourcen dieses Systems ausgerichtet. In diesem Zusammenhang muß man sich ins Gedächtnis rufen, daß Belarus eine der reichsten und in der Modernisierung (Urbanisierungsgrad, Bildung, Industrialisierung etc.) am weitesten fortgeschrittenen Unionsrepubliken war. Des weiteren waren die belarussischen Besonderheiten der sowjetischen Tradition unter der Einwirkung der Modernisierung der Nachkriegsjahre entstanden. Der Modernisierungsprozeß war allerdings in Belarus - wie in vielen anderen sozialistischen Ländern - nur teilweise erfolgt: Es war keine Zivilgesellschaft entstanden, persönliche Initiativen des Menschen wurden nicht angespornt, es handelte sich, mit den Worten Ralf Dahrendorfs, um eine „Modernisierung ohne die Kennzeichen der Modernisierung“.

Der Rückgriff auf den sowjetischen Traditionalismus erhöhte deshalb auch die Werte der sowjetischen Modernisierung mit all ihren Steuerungssystemen. Demokratische Institutionen verloren im Verlaufe der Wiederherstellung des ehemaligen Beziehungssystems, das größtenteils auf außerökonomischem Zwang, bürokratischen Entscheidungsprozessen und einem wachsenden Etatismus beruht hatte, ihre Bedeutung. Mehr noch, als Grundlage für gesellschaftlichen und politischen Pluralismus waren sie bei der Wiedererrichtung eines einheitlichen Machtzentrums und der Unterordnung der Gesellschaft unter dieses Zentrum hinderlich. So mußten die Demokratie und das Retro-Projekt Lukašenkos, die Teile verschiedener kultureller Diskurse sind, unweigerlich in Konflikt geraten. Es handelt sich um einen Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus, wobei letzterem eine Tendenz zu totalitären Zügen innewohnt.

Das ausschließlich autoritär konzipierte Projekt Lukašenkos war mit der Verfassung, nach deren Regeln er zum Präsidenten gewählt worden war und deren Einhaltung die Legislative wie die Judikative von ihm erwarteten, in keiner Weise vereinbar. Die Versuche des Parlaments wie des Verfassungsgerichts, den Präsidenten auf das Terrain der Verfassung zurückzubringen, konnten keinen Erfolg haben, da Lukašenkos Stilistik die permanente Suche nach Ausgleich und nach Kompromissen nicht vorsah. Die "Reinheit des Stils" forderte vielmehr die Liquidierung dieser demokratischen Verfahren als wesensfremde Entlehnungen.

Der Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus fand eine ziemlich radikale Lösung, indem der Präsident eine neue Verfassung vorschlug. Bei äußerlicher Aufrechterhaltung der Demokratie hob diese real die Gewaltenteilung und die Hierarchie der Jurisdiktion, d.h. auch die Gewährleistung bürgerlicher Rechte und Freiheiten, praktisch auf. Der Präsident erhielt unbeschränkte politische Vollmachten und wurde somit von aller ernsthaften Kontrolle und Opposition befreit. Zahlreiche internationale Experten, die zur Beurteilung des vom Präsidenten vorgelegten Verfassungsentwurfs herangezogen worden waren, kamen darin überein, daß dieser "dem Präsidenten praktisch unbegrenzte und unkontrollierbare Rechte bei der Bildung, Auflösung und Umstrukturierung staatlicher Organe" zubilligt, daß "die konstitutionellen Mechanismen schwach und für Manipulationen von seiten des Präsidenten" offen sind, daß der Verfassungsentwurf ein "Regime der persönlichen Macht" und eine "konstitutionelle Grundlage für eine Diktatur" sei.<sup>64</sup>

Das Projekt wurde trotzdem gegen den starken Widerstand der Legislative wie der Judikative mit unbedeutenden "kosmetischen Verschönerungen" in einem umstrittenen Referendum im November 1996 angenommen. Es änderte das bis dahin bestehende politische System vollständig. Konnte man Belarus bis dahin als Präsidialrepublik bezeichnen, so steht das neue System einem Präsidialismus mit starker Neigung zum Autoritarismus näher. Dieser ist "in der Regel versucht, die Attribute der Republik, d.h. die Institutionalisierung der Macht, die unpersönlich und den allgemeingültigen Rechtsnormen unterworfen ist, zu beseitigen."<sup>65</sup>

Der französische Politik- und Rechtswissenschaftler Jean-Luc Chabot hat das System der präsidentiellen Herrschaft in den USA mit der Formel "Der Präsident als Imperator" bezeichnet,<sup>66</sup> womit er die

---

64 Vgl. Osnova dlja diktatury, in: Svoboda, 86/1996, S. 3.

65 Šabo, Ž. L., Gosudarstvennaja vlast': konstitucionnye predely i porjadok osuščestvlenija, in: Polis, 3/1993, S. 155-180, hier S. 163.

66 Ebd. S. 160.

weitreichenden Vollmachten und die große symbolische Bedeutung des amerikanischen Präsidenten hervorhebt. In den USA liegt die Betonung allerdings auf dem Wort Präsident, d.h. auf einer demokratischen Institution mit all ihren Attributen. Setzt man die Betonung hingegen auf das Wort Imperator, dann ist Chabots Formel durchaus für Belarus anwendbar: Die institutionellen Kennzeichen der Demokratie sind beseitigt, der persönliche Wille des Staatsoberhauptes wird zur entscheidenden Instanz. Der Präsident nimmt nach der gegenwärtig gültigen Verfassung von Belarus nicht nur fast vollständig den politischen und staatlichen Raum ein, er besetzt zugleich den ökonomischen, den rechtlichen und in großem Maße auch den ideologischen Raum (d.h. den Zugang zu Informationen).

In Belarus ist somit eine Konsolidierung der demokratisch gewählten Institutionen nicht gelungen. Es wurde von einer "Rückstoßwelle" in den "früheren autoritären Zustand zurückgespült".<sup>67</sup> Dies nicht nur, weil der wichtigste Architekt des kulturellen Raumes mehr an einer autoritären Restauration interessiert war und kein anderes Mittel zur Lösung der sozioökonomischen Probleme kannte. Es kommt hinzu, daß dieses Projekt das für die Bevölkerung am ehesten annehmbare war und alle anderen politischen Akteure weder ein passendes Projekt noch eine entsprechende Führungsfigur hatten.

Die Verwirklichung von Lukašenkos Projekt einer imperialen Präsidentschaft hängt sowohl von den inneren Ressourcen des Systems als auch von ihrer Legitimität in der Gesellschaft ab. Die wichtigsten Vorstellungen in der Gesellschaft, die zur Zeit der Formulierung des neuen kulturellen Projekts entstanden, beruhen nicht nur auf der geschichtlichen Erfahrung, sie sind auch Ergebnis des Einflusses der neuen soziokulturellen und politischen Umgebung. Sie konnten dank vielzähliger Wahlkampagnen, der vom Präsidenten abgehaltenen Referenda sowie soziologischer und sozialpsychologischer Untersuchungen verschiedener Institute fixiert und analysiert werden.

## **7 Das Wahlverhalten und die Wahlen im Kontext des dritten kulturellen Projekts**

Wahlen waren eine der neuen Institutionen, die sich die belarussische Gesellschaft zu eigen machen mußte. Vor dem Hintergrund der langsam vorangehenden Transformationsprozesse, des Wechsels der kulturellen Projekte und Entwicklungsmodelle ermöglicht eine Analyse der Wahlkämpfe sowie ihrer Ergebnisse, die Angemessenheit des von den Machthabern vorgeschlagenen Modells zu beurteilen und die Veränderungen des gesellschaftlichen Bewußtseins zu beschreiben. Das Wahlverhalten, die Wahlmechanismen und das Spektrum der Wählerpräferenzen spiegeln die gegenwärtige politische Kultur und die Faktoren, die zu ihrer Veränderung führen, wider.

---

<sup>67</sup> Huntington, S., *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Oklahoma 1991, S.

## 7.1 Die Wahlen der Jahre 1994-1996

Seit der Verabschiedung der neuen Verfassung (1994) erlebte Belarus äußerst häufig Wahlen. Von Frühjahr 1994 bis Spätherbst 1996 fanden Wahlkämpfe vor den Präsidentschaftswahlen (in zwei Wahlgängen), vor den Parlamentswahlen und deren Nachwahlen sowie schließlich Kampagnen für zwei vom Präsidenten initiierte, republikweite Referenda statt.

Praktisch keine dieser Wahlen und Referenda kann man als "sauber" bezeichnen. Sie wurden alle von "Hindernissen" kleineren oder größeren Ausmaßes begleitet. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 nutzte V. Kebiè die Möglichkeiten der offiziellen Propaganda und der staatlichen Massenmedien offen zu seinen Gunsten aus. Die Parlamentswahlen im Mai 1995 wurden begleitet von einer gegen das Parlament gerichteten Rhetorik, von aktiven Versuchen Lukašenkos, die Wahlen zum Scheitern zu bringen, sowie von einem durch den Präsidenten initiierten Referendum, das der gezielten Beeinflussung der Wähler diene. Während des Wahlkampfes vor den Nachwahlen im November/Dezember 1995 diskreditierte der Präsident wiederum den Parlamentarismus. Die offiziell zugelassenen Massenmedien sendeten keine Informationen. Letzter Akt des Abstimmungs-marathons war schließlich das mit weiteren Nachwahlen zum Parlament kombinierte Verfassungsreferendum im November 1996. Im Vorfeld des Referendums fand eine bisher beispiellose Konfrontation von Parlament und Präsident statt. Hier waren nicht nur versteckte Manipulationen der öffentlichen Meinung zu beobachten, sondern auch massive Verstöße gegen rechtliche und legislative Normen.

Internationale Beobachter und inländische Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen stellten bei allen Abstimmungen zahlreiche Verletzungen des Wahlrechts sowie demokratischer Wahlverfahren fest. Diese Manipulationen können in drei Gruppen eingeteilt werden:

1. Eine bewußte Verletzung der Regeln und Prozeduren mit dem Ziel, die Ergebnisse der Wahlen zu beeinflussen. Dies geschah z.B., indem mobile Wahlboxen bei Wählern eingesetzt wurden, die keine Heimwahl beantragt hatten, indem Stimmzettel untergeschoben wurden,<sup>68</sup> indem in den Wahllokalen Stimmzettel mit bereits durchgestrichenen Antworten auf die Fragen des Referendums ausgelegt wurden.<sup>69</sup> Die meisten derartigen groben Verstöße wurden bei dem Referendum im November 1996 festgestellt.<sup>70</sup>
2. Eine unvollkommene Gesetzgebung, die bestimmte Verfahren des Wahlkampfes widersprüchlich und verwirrend regelte oder bewußt so formulierte, daß Verstöße möglich sein würden (z.B. eine begrenzte staatliche Finanzierung des Wahlkampfes gekoppelt mit dem Verbot, private Mittel einzusetzen).<sup>71</sup> Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen und die Durchführung von Referenda stießen bei Juristen und

---

68 Vgl. z.B.: Abramova, O., "Vyezdnye" umy s prachom demokratii, in: Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk, Mai/Juni 1995, S. 64-65.

69 Vgl.: Referendum – 1996: cifry, ųdenija, zakonnost', Minsk 1996.

70 Vgl. ebd.

71 Vgl. z.B.: Èujko, V., Analiz pryèin vybarèaha kryzisu u Belarusi i šljachi jaho peraadolennja, in: Belorusskaja asociacija fabrik mysli, 1997, S. 85-88.

Politikern häufig auf Kritik. Vor allem der riesige Umfang der Wahlgesetzgebung und ihr prosowjetischer Charakter waren dafür verantwortlich, daß sich die Parlamentswahlen über ein Jahr hinzogen.<sup>72</sup>

3. Die Unkenntnis und das Unverständnis der Wahlkommissionen wie der Bürger für demokratische Regeln und Prozeduren, kurz: das Fehlen von Wahltraditionen. Dies gilt insbesondere für die ländlichen Gebiete (Abstimmung ohne Vorlage des Personalausweises, für die ganze Familie, außerhalb der Wahlkabine etc.).<sup>73</sup> In jedem Wahlkampf wurden offizielle Direktiven über bestimmte bevorzugte Kandidaten bzw. prozentuale Verteilungen bei den Referenda "vertikal" weitergegeben. Viele örtliche Behörden übten infolgedessen Druck auf die Wahlkommissionen aus. Wo dies nicht oder nur in geringem Maße geschah, ist das auf die individuelle Aufrichtigkeit der Beamten zurückzuführen.

Auch die staatlichen Massenmedien übernahmen die Vermittlung des offiziellen Standpunkts. Der Zugang zu ihnen (insbesondere zu Fernsehen und Rundfunk) war für oppositionelle Parteien und Kandidaten erheblich erschwert. Ungeachtet des Rechts jedes Kandidaten, in der Presse zu publizieren und im Radio zu sprechen, erhielten nur wenige diese Möglichkeit. Für Fernsehauftritte gilt dies natürlich um so mehr.<sup>74</sup> Während des sogenannten "stillen" Wahlkampfs im Herbst 1995 wurde dieses Recht noch mehr beschnitten, als dies schon im Mai desselben Jahres der Fall gewesen war.

Nichtsdestotrotz waren die Wahlen zum XIII. Obersten Sowjet nicht nur durch antiparlamentarische Rhetorik und den Boykott der Wahlen von Seiten des Präsidenten und der ihm unterstellten Massenmedien gekennzeichnet. Da die verbreiteten Vorstellungen der Bevölkerung über die Funktion des Parlaments sehr eingeschränkt waren, führten Parteien, Wahlkampfmannschaften der Kandidaten sowie bei ihren öffentlichen Auftritten die Kandidaten selbst eine Aufklärungskampagne durch. Die Menschen verstanden nicht, wozu eine solche Menge Abgeordneter gut sein sollte, da es doch schon einen Präsidenten gebe, sie wünschten, daß der Abgeordnete seine Möglichkeiten unter Beweis stelle, indem er ihre persönlichen Probleme löse. Diese betrafen meistens die Wohnung, die Arbeitssuche, die finanzielle Lage etc. Gerade deswegen organisierten die Unternehmer unter den Kandidaten Schenkungs- oder Billigpreisaktionen, bei denen Kartoffeln, Zucker oder Mehl abgegeben wurden. Die Kandidaten, die ein Amt in den örtlichen Behörden innehatten, lösten kommunale Probleme.

Die Vorstellungen über das Parlament waren trotzdem durch Skepsis, Mißtrauen und Argwohn gekennzeichnet, insgesamt gesehen wurde das Parlament als Institution überwiegend negativ beurteilt. Diese Vorstellungen wurden natürlich durch die Äußerungen des Präsidenten genährt. Diese lassen sich so zusammenfassen: Warum sollt ihr Abgeordnete wählen, wenn sie euch ohnehin betrügen werden. Wenn ihr aber doch ins Wahllokal geht, so streicht alle Kandidaten durch, denn genau das macht auch der Präsident. Die Atmosphäre der Wahlen und Massenplebiszite entsprach somit dem kulturellen Projekt Lukašenkos und erinnerte deshalb nur entfernt an demokratische Wahlen.

## 7.2 Die Mechanismen der Wahl und der sozialpolitischen Identifikation

---

72 Vgl. Èudakov, M., Izbiratel'noe pravo Respubliki Belarus': zakonnodatel'naja teorija i real'naja praktika, in: Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk, Mai/Juni 1995, S. 28-36.

73 Vgl. Zam, A., Vzglyad so storony na parlamentskie vybory v Belarusi, in: Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk, Mai/Juni 1995, S. 61-64.

74 Vgl. Gruzdiloviè O., Rol' SMI v parlamentskich vyborach v Belarusi (maj 1995), in: Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk, Mai/Juni 1995, S. 36-45.

Eine der wichtigsten Funktionen von Wahlen ist die Erstellung einer sozialen Kartographie der Gesellschaft. Mit ihrer Hilfe können soziale Gruppen und subkulturelle Strukturen ausgemacht werden. Die schwach strukturierte belarussische Gesellschaft, die an der Grenze zwischen der traditionellen, sowjetischen Sozialstruktur und einer modernisierten, postsowjetischen steht und sich deshalb in einem halbmarginisierten Zustand befindet, war in diesem Sinne vor die Aufgabe gestellt, Identifikationsmechanismen zu suchen. Eine unter der Leitung der Autorin im Rahmen des Projekts "Der Einfluß des Fatalismus auf die ökonomischen Reformen und die demokratischen Prozesse" durchgeführte Studie<sup>75</sup> konnte einige Mechanismen der Identifikation nach sozialen Gruppen herausarbeiten. Diese Mechanismen beruhen weniger auf rationalen Vorstellungen über ein Gruppeninteresse denn auf psychologisch erklärbaren Motiven wie Gruppensolidarität, Verbindung der Gruppe mit der Führerfigur sowie Disziplin und Hierarchie in der Gruppe.

Die Solidarität ist wiederum nicht im Sinne eines rationalen Verfolgens eines Gruppeninteresses zu verstehen, sondern als emotionale Wiedererkennung ("Das ist doch einer von uns, einer vom Dorf." - "Wir halten zu unseren Leuten, den Arbeitern.") Eine bedeutende Funktion für die Konstituierung bestimmter Gruppen kommt heute wie früher der Führerfigur zu. Sie setzt die Akzente, sorgt für Disziplin und hält die Hierarchie aufrecht. Die deutlich erkennbare Orientierung der Wähler an vertikalen Bindungen (Subordination) ist in Verbindung mit der Gebundenheit an Leitpersonen Anzeichen eines autoritären Bewußtseins und Folge der Unterentwicklung horizontaler, verknüpfender Bindungen.

Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß ein Identifikationsmechanismus wie "gemeinsame Werte einer Gruppe", der in bedeutendem Maße darauf beruht, daß Menschen sich eines oder mehrerer gemeinsamer Interessen bewußt werden, nach den Ergebnissen der Untersuchung einen untergeordneten Rang einnimmt. Dies ist ein weiteres Zeugnis der verwischten Strukturen der Gesellschaft, der mit fortschreitender Differenzierung zunehmenden Marginalisierung.

Auch die Untersuchung der Ebenen, auf denen sich die Identifikation der Wähler abspielte, ist von Interesse. Die erwähnte Untersuchung über den Einfluß des Fatalismus fragte hierzu: "Von welchen Interessen ließen sich die Wähler bei der Wahl eines Kandidaten leiten?"

Persönliche Interessen	75,4%
Gruppeninteressen	44,9%
Korporative Interessen	15,6%
Religiöse Interessen	6,6%
Lokale Verbandsinteressen	46,1%
Regionale Interessen	49,1%
Interessen der Nation	31,1%
Parteiinteressen	45,5%
Klasseninteressen	26,3%
Staatsinteressen	30,5%

Die große Bedeutung persönlicher Interessen hatte erheblichen Einfluß auf den Wahlkampf in Belarus. Die Verzweiflung des Durchschnittswählers angesichts der als fatal und unlösbar erlebten persönlichen Probleme

---

<sup>75</sup> An diesem von der Internationalen Gesellschaft zur Förderung der Kooperation mit Wissenschaftlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (INTAS) finanzierten Projekt waren insgesamt sieben Länder beteiligt (Griechenland, Großbritannien, Portugal, Belarus, Georgien, Rußland, Ukraine). Die Meinungsumfragen im Rahmen des Projekts wurden im 1. Halbjahr 1996 durchgeführt. Alle Umfragen beruhen auf einer repräsentativen Auswahl der Respondenten.

(niedriger Lebensstandard, Arbeitslosigkeit, Probleme mit der Wohnung, mit der Gesundheit) rief unzählige Fragen und Forderungen an die Kandidaten hervor. Da es nur begrenzte Möglichkeiten gab, seine Interessen an eine entsprechende Struktur (Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Interessenverbände u.a.) weiterzugeben, sei es, weil sie nicht vorhanden waren, sei es, weil sie nicht tätig werden wollten oder nicht konnten, verloren viele Wähler das Interesse an den Wahlen (“Was hab‘ ich denn davon?”).

Die schwache Institutionalisierung der Beziehungen zwischen und innerhalb der sozialen Gruppen führte auch zu einer starken Orientierung an regionalen und lokalen Verbandsinteressen.

Beachtenswert ist, daß persönliche, regionale und lokale Verbandsinteressen, die sich auf einer Ebene der politischen Kultur befinden, alle hoch bewertet werden. Unter bestimmten Bedingungen kann dies zur Reproduktion einer patriarchalischen politischen Kultur führen. In dieser kommen archaische Elemente sowohl in einer stilisierten Reinform als auch in einer modifizierten, bäuerlich-dörflichen Variante vor.

Hiermit korrespondiert die geringe Bedeutung staatlicher Interessen sowie Interessen der Nation. Es läßt sich eine Korrelation zwischen der schwachen belarussischen Staatlichkeit und der unterentwickelten bürgerlichen politischen Kultur ausmachen. Eine Legitimierung der Herrschaft in einer Gesellschaft mit einer solchen politischen und rechtlichen Kultur birgt eine gewisse Gefahr, da sie in erster Linie durch zerstreute persönliche und lokale Verbandsinteressen, z.T. auch durch Gruppen- und Parteiinteressen, gewährleistet wird. In der Folge tritt ein entsprechender Führer auf, der die Staatsidee diffamiert und den Staat als Familie, als Clan auffaßt, dessen patriarchalischer Führer er ist.

Diese These wird durch das Referendum vom November 1996 bestätigt. Das psychologische Phänomen patriarchalischer und familialer Bindungen an den Führer erklärt auch paradox erscheinende Entscheidungen “gegen den gesunden Verstand”. Am Vortag des Referendums durchgeführte soziologische Untersuchungen zeigten ein Bild, das von dem tatsächlichen Ausgang erheblich abwich. Besonders widersprüchlich sind folgende Ergebnisse (Angaben für Antwort: JA):<sup>76</sup>

Frage	Ergebnisse der Umfrage in %	Ausgang des Referendums in %
1. Sind Sie dafür, daß die Leiter der örtlichen Verwaltung durch die Bewohner der entsprechenden administrativ-territorialen Einheit gewählt werden?	73,7	29,9
2. Sind sie damit einverstanden, daß die Finanzierung aller drei staatlichen Gewalten öffentlich nachvollziehbar ist und ausschließlich aus dem Staatshaushalt geschieht?	72,5	32,1

<sup>76</sup> Vgl.: Referendum – 96: cifry, ždenija, zakonnost’, S. 6.



Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Ergebnisse des Referendums teilweise Fälschungen unterworfen waren, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Wähler bei ihrer Entscheidung am Tag des Referendums von ganz anderen Interessen geleitet waren als bei der Umfrage einen Tag zuvor. Eine direkt nach dem Referendum durchgeführte Umfrage ergab bezeichnenderweise Ergebnisse von 52,5% bzw. 53,2% Zustimmung zu den oben genannten Fragen. Eine gewisse Erklärung liefern die Antworten der Respondenten auf die Frage, warum sie für die Verfassung des Präsidenten gestimmt haben. Mit 31,6% erhielt die Antwort: "Weil ich dem Präsidenten glaube."<sup>77</sup> die meisten Stimmen.

Nach Meinung zahlreicher Experten kommen in den Wahlkämpfen einige wichtige Eigenschaften der belarussischen Mentalität zum Ausdruck. Die Wähler waren insgesamt vertrauensselig, tolerant, konservativ, apolitisch, gleichgültig, patriarchalisch und diszipliniert. Diese Eigenschaften passen exakt in den Rahmen einer autoritären politischen Kultur, deren politische Zielvorstellungen Hilfe von außen, Ordnung und Ruhe sind und die sich durch fehlende Bereitschaft zu persönlicher Verantwortung und Eigeninitiative auszeichnet.

Es wäre allerdings falsch, außer acht zu lassen, daß die Wahlen die politische Differenzierung der Gesellschaft erheblich beschleunigten und den Wähler auf die Existenz von Parteien, politischen Foren sowie ideologischen Positionen aufmerksam machten. Insgesamt gesehen fand bei einem Teil der Wähler eine parteipolitische Selbstidentifikation statt. Alle Wähler haben eine Vorstellung von der Parteienlandschaft erhalten, die aus Kommunisten, Agrariern, BNF, liberalen Zentristen sowie der Partei der Macht, d.h. "für den Präsidenten", besteht.<sup>78</sup>

Die Wahlkampagnen nuancierten somit die in der belarussischen Gesellschaft ablaufenden Prozesse. Sie zeigten die existierenden *cleavages* auf, die verantwortlich für subkulturelle Unterschiede sind. Es ist somit deutlich geworden, daß neben dem dominanten Typ der patriarchalischen Untertanenkultur mit ihren autoritären Zügen auch aktivistische Kulturelemente vorhanden sind, wie sie in der demokratischen Bürgerkultur (*civic culture*) überwiegen.

Ungeachtet der aufgrund der unterschiedlichen Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse entstehenden Schwierigkeiten bei einer genauen Analyse des fragmentierten kulturellen Feldes, ist es möglich, Kristallisationskerne einer neuen, demokratischen politischen Kultur auszumachen. Sie sind vorrangig in der Jugend (Studenten), bei den Stadtbewohnern (besonders in Minsk), den Schichten mit höherer Bildung, Anhängern liberal-demokratischer und des größten Teils der sozialdemokratischen Organisationen, Vertretern des dritten Sektors sowie der kleinen Gruppe der Unternehmer anzutreffen. Sie alle verstehen sich als Gegner des Präsidenten.

---

<sup>77</sup> Belorusskaja delovaja gazeta, 26. 12. 1996, S. 5.

<sup>78</sup> Vgl. Maksjuta, G./Naumova, S.. Parlamentskie vybory v Respublike Belarus': opyty tipologii, in: Belarus-Monitor. Special'nyj vypusk, Mai/Juni 1995, S. 57-58.

## 8 Besonderheiten des kommunikativen und symbolischen Kulturraumes

Während der Realisierung seines Projekts wählt der Präsident als dessen Autor einerseits eine neue kulturelle Symbolik und definiert deren Beziehung zu dem parallel fortexistierenden symbolisch-normativen Erbe. Andererseits bestimmt der Präsident im Rahmen des Projekts die grundlegenden Parameter möglicher Kommunikation. In dieser Hinsicht ist die Vertikalisierung der Kommunikation eines der Charakteristika des gegenwärtigen Projekts. Die Schaffung der „präsidialen Vertikale“<sup>79</sup> war eine der ersten Aktionen, um das Land in Lukašenkos Sinn „wieder regierbar“ zu machen. Gleichzeitig wurden alternative Strukturen und Institutionen mit unabhängigem Ursprung und folglich nicht kontrollierbarer Kommunikation beseitigt. Es handelt sich natürlich in erster Linie um die Bildung einer vulgarisierten Variante der Institution des Parlamentarismus, wie sie mit der vom Präsidenten eingesetzten Repräsentantenkammer geschaffen wurde.

Die Vertikalisierung sowie die Beseitigung alternativer politischer Strukturen wird von einem breit angelegten Programm zur Zurückdrängung der entstandenen Strukturen der Zivilgesellschaft und ihrer Ersetzung durch äußerlich gleiche, vom Staat geschaffene und unterstützte Parallelstrukturen begleitet. Dieses riesige Projekt einer pseudoaktivistischen Kultur, die der der ehemaligen Sowjetunion entspricht, erhält eine bedeutende materielle, finanzielle und ideologische Unterstützung durch den Präsidenten. Die ersten Stadien dieses Projekts sind schon durchlaufen. Die unabhängigen Unternehmerstrukturen wurden beseitigt, der größte Teil des Bankensektors verstaatlicht, die wichtigsten finanziellen und materiellen Ressourcen in den Händen des Präsidenten (des Präsidialapparats) konzentriert und ein Schattenhaushalt sowie Quellen und Kanäle zu seiner Auffüllung eingerichtet.<sup>80</sup>

Im nächsten Schritt wird durch ständige Kontrollen, durch das Aufdecken angeblicher Gesetzesverletzungen und exorbitante Geldstrafen Druck auf die bestehenden Nichtregierungsorganisationen ausgeübt, ehe schließlich ihre Tätigkeiten unterbunden oder die Organisationen sogar vollständig verboten werden. Anschauliche Beispiele sind die Schließung der Soros-Stiftung im Frühsommer 1997, die Sperrung der Konten des Nationalen Zentrums für Strategische Initiativen „Vostok-Zapad“ (Ost-West) und des Wohltätigkeitsfonds von Gennadij Gruševyj „Die Kinder von Tschernobyl“.

Gleichzeitig werden alternative „gesellschaftliche“ Organisationen geschaffen, die die bestehenden ersetzen sollen, so z.B. der Belarussische Patriotische Jugendverband Vsevolod Jančevskijs oder die Nationale Vereinigung der Unternehmer unter der Leitung des Ministers für Unternehmertum und Investitionen, Aleksandr Sazonov.

---

79 Die „präsidiale Vertikale“ wurde im Herbst 1994 durch eine Änderung des Gesetzes über lokale Selbstverwaltung eingeführt. Demnach ernennt der Präsident die Vorsitzenden der Exekutivkomitees in den sechs belarussischen Verwaltungsgebieten (oblasty). Diese ernennen ihrerseits die Exekutivkomiteeleiter auf Kreisebene (rajony). Die Räte der jeweiligen Verwaltungsebene dürfen die Kandidatur lediglich bestätigen. Die Exekutivleiter können jederzeit von ihren Vorsitzenden auf der höheren Verwaltungsebene abberufen werden, nur ihnen sind sie rechenschaftspflichtig. Die präsidiale Vertikale schafft somit eine Hierarchie der persönlichen Abhängigkeit im Verwaltungsbereich, an deren Spitze der Präsident steht.

80 All dies wurde begleitet von Skandalen, die in Zusammenhang mit der Tätigkeit der unter dem Schutz des Präsidenten geschaffenen Firmen „Siabeko“ und „Esambaev-Stiftung“ standen und durch den Abgeordneten des XII. Obersten Sowjet, Anatolij Lebed'ko, aufgedeckt wurden.

Da die Strukturen der Zivilgesellschaft schwach sind und der Einfluß der Opposition auf die Bevölkerung gering ist, rufen solche Aktionen keinen großen Protest hervor. Dies wird auch dadurch begünstigt, daß die horizontalen gesellschaftlichen Beziehungen unterentwickelt sind und zwischen den Nichtregierungsorganisationen, bedingt durch ihre Selbstabriegelung, ihre Isoliertheit und die Beschränkung ihres Aktionsradius auf die großen Städte, spezifische Kommunikationsformen bestehen. Ihre Bedeutung ist deshalb ebenso wie die der Parteien nicht auf nationaler Ebene zu messen. Sie führen meistens eine abgeschiedene Existenz, haben lediglich auf eine kleine Personengruppe Einfluß und verfügen nicht über ein das Land überziehendes Netz von Kontakten. Die Ursachen hierfür sind nicht nur in der kurzen demokratischen Tradition von Belarus zu suchen, auch die Tiefenstrukturen der belarussischen Mentalität, die sich mit einer isolierten Existenz in einem vertrauten Kreis begnügt, kommen hier zum Tragen. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung häufig einmalige Kontakte nach dem Verhaltensmuster eines Konsumenten einer ständigen aktiven Arbeit vorzieht. Dies erklärt sich zu großen Teilen aus einer deutlich erkennbaren fatalistischen Stimmung in der Gesellschaft. Bei der in 7.2. erwähnten Untersuchung über fatalistische Tendenzen antworteten 61% der Befragten, daß sie ihre Möglichkeiten zur Änderung ihrer Lebenssituation für begrenzt halten. Aus diesem Grund verhält sich der größte Teil der Bevölkerung gleichgültig, wenn eine gesellschaftliche Organisation durch eine staatliche mit dem gleichen Angebot an "Dienstleistungen" ersetzt wird. So kann man schon heute eine Konkurrenz zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Wohlfahrtsorganisationen ausmachen.

Kann man in dieser Hinsicht an den Erfolgchancen des kulturellen Projekts des Präsidenten zweifeln? Die dargestellten Einstellungen sind Ergebnis und Grundlage der vom Präsidenten angebotenen Kommunikationsformen. Deren konstitutive Merkmale sind neben den bereits dargestellten ihr Massencharakter und die unmittelbare Präsenz des Präsidenten als Person. Sie kommen in verschiedenen Formen zum Ausdruck und sind infolgedessen äußerst effektiv. Durch Organisation von Referenda, Massenfeiertagen, Sportveranstaltungen, Tagungen von Volksvertretern, mehrstündigen Fernseh- und Radioauftritten, Veranstaltungen zur Verleihung von Auszeichnungen sowie Audienzen wird der direkte Kontakt zwischen Volk und Führer imitiert.

Gerade mit Hilfe dieser Kommunikationsformen werden die wichtigsten Symbole und Werte verbreitet, die in der Lage sind, einen großen Teil der belarussischen Gesellschaft zu konsolidieren und das entsprechende Maß an Erwartungen sowie an Vertrauen zu gewährleisten. Indem Lukašenko sich unmittelbar an das Volk wendet und es auffordert, "seinen Präsidenten zu unterstützen", schafft er den symbolischen Raum seines Projekts, schlägt er dem Volk vor, zum Mitautor seines Projekts zu werden. Die restaurativen Ambitionen des belarussischen Präsidenten wurden mit der entsprechenden sowjetischen Symbolik ausgestattet: Das alte Wappen sowie die Flagge wurden, geringfügig verändert, wieder eingeführt, als Tag der Unabhängigkeit wurde der sowjetische Feiertag der Befreiung von den deutschen faschistischen Truppen am 3. Juli gewählt. Diese Symbole ließ sich Lukašenko in Referenda legitimieren. Auf diese Weise wurde der historische Raum auf die sowjetische Zeit eingeschränkt.

Die Kommunikationsformen im Rahmen des Projekts des Präsidenten hatten eine bemerkenswerte Erscheinung zur Folge: Sie führten den größten Teil der Gesellschaft zurück in einen bekannten Raum und erlösten ihn so von einer quälenden Wahl, indem der bis vor kurzem vorherrschende, konflikthafte Zustand der Anomie, der sich besonders frustrierend ausgewirkt hatte, beendet wurde. Gerade

deshalb ist die Unterstützung für Lukašenko weiterhin recht groß. So hätten sich Mitte 1998 bei Präsidentschaftswahlen ungefähr 45% der Wahlberechtigten für ihn ausgesprochen.<sup>81</sup>

## 9 Das Phänomen der Führerschaft in der politischen Kultur von Belarus

Das Phänomen Lukašenko erklärt sich aus der Einfachheit, mit der er von dem einfachen Volk erkannt werden kann. Dies ist auf die Verhaltens-, Sprach- und Kommunikationslogik zurückzuführen, die er herstellt und die derjenigen des durchschnittlichen Belarussen entspricht. Dies hat mit den Worten Oleg Manaevs den Effekt einer "sozialen Radiolokation", bei der die stärksten Erwartungen der Masse eingefangen, fokussiert und in einer interpretierten Variante zurück "ins Volk" gegeben werden.<sup>82</sup> Die Figur Lukašenkos ist populär geworden dank einer demonstrierten Kühnheit, dank einer vorgeblichen Kompromißlosigkeit im Kampf mit der Korruptiertheit der Mächtigen aus der Phase, in der Belarus unabhängig wurde, und schließlich dank der Tatsache, daß er während dieser Umbruchsphase keine politische Bedeutung hatte. Obwohl dies weiterhin die wichtigsten Gründe seiner Beliebtheit sind, lassen sich bei einer genauen Analyse weitere Ressourcen seiner Popularität ausmachen.

Eine der wichtigsten sind die von Lukašenko imitierten Idealgestalten, deren Stilistik er bewußt oder auch nur intuitiv ändert und somit die Beständigkeit seiner Führerschaft und seine immer noch andauernde Konkurrenzlosigkeit sichert. Zu Beginn seiner Karriere als Führerfigur war Lukašenko "Kämpfer und Reformator", dann "Kämpfer und Restaurator", schließlich "Rächer des Volkes und Integrator", "Führer der Slaven und Friedensbringer", immer aber eine charismatische Figur.

Sein Weltverständnis ist tatsächlich das eines Kämpfers und Zerstörers, der das Böse zertrümmert. Die Routine des schweren Alltags konstruktiver Arbeit ist nicht sein Element. Gerade deshalb wurden Reformen nicht zum Kern seiner Politik. Seinem Stil entspricht viel besser die Arbeit eines Restaurators, die gegründet ist auf der strengen Unterordnung unter seine eigenen Regeln, auf dem Kampf gegen den Widerstand derjenigen, die sich nicht fügen, sowie auf der Imitation dieses Kampfes. Der Stil seiner Politik beruht auf einer starken Explosivität, einer grellen Ereignishaftigkeit, auf einer den Heldensagen nachempfundenen Suche nach Feinden und der Schlacht mit ihnen. Dies erklärt, warum seine Präsidentschaft so außerordentlich konfrontativ verläuft.

Das Phänomen Lukašenko ist äußerst ungewöhnlich für die belarussische politische Kultur. In jüngster Zeit versucht er, sich nicht nur auf das traditionelle Charisma zu stützen, sondern auch in der Rolle eines Messias aufzutreten, indem er die Vereinigung der Slaven propagiert und Ambitionen auf rußländisches Territorium hegt. Dieser Expansionismus trägt eine Ambivalenz in sich. Einerseits könnte er Lukašenko neue Machtressourcen einbringen, andererseits könnte er aber auch zur Bedrohung seiner Herrschaft werden. Im Falle eines Erfolgs würde Lukašenko seinen Machtbereich über die Grenzen von Belarus ausdehnen, indem er sein kulturelles Modell auf einen größeren Raum überträgt. Im Falle eines Mißerfolgs würde das kulturelle Modell des vergrößerten politischen Raums in Belarus übernommen. Da das Konkurrenzprinzip und die

---

81 Vgl. Naviny, 18.6.1998.

82 Manaev, O.T., Po ōnkomu l'du, in: Belorusskaja asociacijka fabrik mysli, 1997, S. 44-56, hier S. 54.

rechtsstaatlichen Normen in den Belarus umgebenden Staaten bereits stärker gefestigt sind, ist dies das wahrscheinlichere Szenario. Hinzu kommt, daß expansionistische Bestrebungen für Belarus nicht typisch sind. Belarus könnte folglich seinen "bat'ka" nicht mehr verstehen, wenn er seine Kinder wegen anderer Völker fallen läßt.

Des weiteren könnten die an einen relativen Wohlstand gewöhnten Belarussen ihren Präsidenten auch nicht mehr verstehen, wenn sich herausstellen sollte, daß der von ihm verfluchte Kapitalismus andere Völker der ehemaligen Sowjetunion wesentlich besser versorgen kann. Bisher haben sie es vorgezogen, mit ihrem Führer auf die alten, bisher nicht genutzten Reserven der sowjetischen Existenz zurückzugreifen. Sie zogen ein Leben in der gegenwärtigen Situation mit der scheinbaren Perspektive langfristiger Existenzsicherung ("nicht viel, aber stet und zur rechten Zeit") den vergleichsweise kurzfristigen Entbehrungen vor, die eine grundlegende Modernisierung mit sich bringen würde. Da die Bedeutung eines Führers aber darin besteht, Perspektiven aufzutun, über die alltäglichen Bedürfnisse und Stimmungen der Bevölkerung hinauszusehen, kann die Gesellschaft große Enttäuschungen erleben.

Der widersprüchliche Führer Lukašenko hat ungeachtet aller zweifelhaften Experimente eines erreicht. Es dürfte keine Übertreibung sein zu sagen, daß der gegenwärtige Präsident von Belarus das Land in der Welt bekannt gemacht hat. Dadurch hat er erstmals seit Jahrzehnten eine Identifikation der Belarussen auf der Ebene des Staates hervorgerufen. In einer Situation der Konfrontation mit vielen Staaten, in der Belarus zu einem Paria der europäischen Staatengemeinschaft geworden ist, bemerkten die Belarussen erstmals, daß sie ein eigenes Gesicht haben. So zeigten die Ergebnisse von Meinungsumfragen, daß 85,4% der Befragten der Meinung sind, Belarus müsse ein souveräner Staat sein. Dies ist eine in den acht Jahren zuvor nie erreichte Zahl.<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Zlotnikov, L., Kentavry massovogo soznaniya, in: Belorusskij rynok, 37/1997, S. 21.

## Chronologie

11. Jh. Nach dem Zerfall der Kiever Rus gehören die belarussischen Gebieten zu mehreren Fürstentümern, darunter das Fürstentum Polock.
13. Jh. Die belarussischen Teilfürstentümer werden Bestandteil des Großfürstentums Litauen.
- 1385 Vereinigung des Großfürstentums Litauen und des Königreichs Polen in der Union von Krevo, die ein Jahr später durch die Heirat des litauischen Großfürsten Jagiello mit der polnischen Königin Jadwiga untermauert wird.
- 1569 In der Union von Lublin schließen sich das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen zur Rzecz Pospolita zusammen.
- 1596 Kirchenunion von Brest
- 1792-95 Im Zuge der drei Teilungen Polens fallen die belarussischen Gebiete an das russische Zarenreich.
25. März 1918 Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik (BNR) unter deutscher Besatzung
1. Jan. 1919 Ausrufung der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) durch die Bolschewiki.
- 1941-1944 Während der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg kommen 2,3 Mio. Menschen bzw. ein Viertel der belarussischen Bevölkerung ums Leben.
- 1965-1980 Während der Amtszeit von Parteichef Petr Mašerov hat die BSSR das größte Wirtschaftswachstum aller Sowjetrepubliken aufzuweisen. Mašerov kommt 1980 bei einem Autounfall ums Leben.
- 1988 Nach der Entdeckung von Massengräbern mit den Opfern stalinscher Repressionen bei Kuropaty durch den Archäologen Zenon Poznjak wird die Belarussische Volksfront (BNF) gegründet, deren Vorsitzender Poznjak wird.
- März 1990 Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet gewinnt die BNF 27 der 360 Sitze, der demokratische Wahlblock kommt insgesamt auf 60 Mandate.
27. Juli 1990 Der Oberste Sowjet der BSSR erklärt die Souveränität der Republik innerhalb der UdSSR.
25. Aug. 1991 Der Oberste Sowjet ruft die Unabhängigkeit der Republik Belarus aus.

19. Sept. 1991 Stanislav Šuškevič wird zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets und Staatsoberhaupt gewählt. Die weiß-rot-weiße Flagge und das Wappen Pogonja, die bisher ausschließlich von der BNF verwendet wurden, werden als neue Staatssymbole bestimmt.
8. Dez. 1991 Die Staatsefs von Belarus, Rußland und der Ukraine rufen gemeinsam die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ins Leben.
26. Jan. 1994 Der Oberste Sowjet wählt Stanislav Šuškevič als Parlamentsvorsitzenden ab. Auslöser war ein Bericht des Sonderausschusses für Wirtschaftskriminalität unter Aleksandr Lukašenko, in dem Šuškevič der Korruption bezichtigt wurde.
15. März 1994 Der Oberste Sowjet verabschiedet die neue Verfassung der Republik Belarus, die das Amt des Präsidenten vorsieht.
10. Juli 1994 Aleksandr Lukašenko wird im zweiten Wahlgang mit 81,7 Prozent der Stimmen zum ersten Präsidenten der Republik Belarus gewählt. Sein Konkurrent Kebič tritt am nächsten Tag als Premierminister zurück.
14. Mai 1995 Parallel zum ersten Wahlgang der Parlamentswahlen findet ein von Präsident Lukašenko initiiertes Referendum zur Einführung des Russischen als zweite Staatssprache, zur Einführung neuer an die der Sowjetzeit angelehnter Staatssymbole, zur wirtschaftlichen Annäherung an Rußland sowie zur Erweiterung der präsidentialen Vollmachten statt. Während alle Fragen mit großer Mehrheit befürwortet werden, konnten aufgrund des absoluten Wahlrechts lediglich in 18 Wahlkreisen Abgeordnete bestimmt werden.
28. Mai 1995 Bei den Stichwahlen zum Parlament werden lediglich in 101 Wahlkreisen Abgeordnete gewählt. Damit sind insgesamt nur 119 von 260 Abgeordneten gewählt. Der Oberste Sowjet der 13. Legislaturperiode ist damit nicht arbeitsfähig, da weniger als 2/3 der Abgeordneten gewählt sind. Die Arbeit des 12. Obersten Sowjets wird in den folgenden Monaten vor allem durch Störmanöver des Präsidenten paralyisiert, so daß keine funktionsfähige Legislative existiert.
26. Nov. 1995 Erste Runde der Nachwahlen zum Parlament
10. Dez. 1995 Zweite Runde der Nachwahlen zum Parlament, bei der endlich das notwendige Quorum erreicht wird. Insgesamt sind nun 198 Abgeordnete gewählt.
24. Nov. 1996 Präsident Lukašenko setzt per Referendum Verfassungsänderungen durch, die ihm umfassende Vollmachten geben. Die Ergebnisse des gegen zahlreiche Rechtsnormen verstoßenden Referendums und das von Lukašenko neu eingesetzte Parlament werden von der Opposition und von EU, Europarat und OSZE nicht anerkannt.

## **Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim**

### **Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten**

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR. LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jan, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta „Vostok-Zapad“. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., 48.80 DM, ISBN 3-78258-3042-X

### **Veröffentlichungen in anderen Buchreihen**

- Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3
- Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York, 309 S., ISBN 3-593-35200-1
- Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-933293-12-X
- Manfred Sapper, Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens und Konfliktforschung, 1999, 54. S., 12.00 DM ISBN 3-933293-12-X

### **FKKS-Sonderveröffentlichungen**

- Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997
- Egbert Jahn/ Astrid Sahn/ Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997
- Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998



## Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahm, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus', der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahm, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspri-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“. Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem